

# Commerzial

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter Deutschlands.  
 Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.  
 Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1 M.  
 Postzeitungsliste: Nr. 1729.  
 Verantwortl. Redakteur und Verleger: O. Schumann, Berlin.

Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus,  
 Engel-Str. 15. Telefon: Amt VII, 8848.  
 Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 3-7 Uhr Nachm., Sonntags geschl.  
 Redaktionschluss am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.

Anzeigen:  
 die 3 gespaltene Zeile 40 Pf. Im Abonnement  
 entsprechender Rabatt.  
 Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 4.

Berlin, den 15. Februar 1903

7. Jahrg.

## Jahresberichte.

Die Mitglieder unseres Verbandes haben überall ein reges Interesse an der Entwicklung desselben. Ein Bild des Wachstums und Gedeihens der Organisation geben unter anderem die jährlichen Berichte der einzelnen Verwaltungsstellen. Es ist nur natürlich, daß die beiden größten Verwaltungsstellen des Verbandes in dieser Beziehung am weitesten fortgeschritten sind. Für die mittleren und kleineren Verwaltungsstellen werden die Jahresberichte der Verwaltungsstellen Berlin und Hamburg immer vorbildlich sein, schon aus diesem Grunde ist eine kritische Würdigung derselben notwendig. Die Besprechung der Berichte soll aber auch zu weiterem Ausbau dieser anregen, sie soll ferner anfeuernd auf alle Verbandsmitglieder wirken, es den vorgeschrittenen Verwaltungsstellen nachzujohn, wobei das Schablonenmäßige ruhig vermieden, die Eigenart jedes Verwaltungskörpers in organisatorischer und agitatorischer Beziehung hervorgehoben werden kann.

Nur von dem höheren Gesichtspunkte der Fortentwicklung der Organisation zu immer höherer Stufe dürfen und sollen daher die folgenden Seiten aufgeschaut werden. Wir wollen nicht Schulmeistern, sondern nur Anregungen geben, aus denen heraus die Kollegen das Brauchbare und Gute nehmen können.

Der Jahresbericht der Verwaltungsstelle Berlin I repräsentiert sich diesmal in einem recht stattlichen Brochüchen von 27 Seiten. Schon der flüchtige Ueberblick besagt uns, daß hier seit dem vorigen Jahre ein großer Schritt nach vorwärts gethan worden ist.

Faktisch giebt erst dieser Bericht die Grundlage für einen weiteren Aufbau, er ist das, was er sein soll, ein Grund- und Eckstein für ein aufzuflührendes, solides und festes Baumerk. Die Einleitung des Berichts führt uns einige wichtige Beschlüsse der Verwaltungsstelle vor und erwähnt den Anschluß zweier verwandten Berufsvereine, sowie den Ausbau der inneren Organisation.

Der Einleitung folgt eine recht übersichtliche Darstellung der Bewegungen in den einzelnen Branchen als: Handelsarbeiter, Kellerarbeiter, Mineralwasserarbeiter, Kohlenarbeiter, Molkereiarbeiter, Speibitions- und Möbeltransportarbeiter, Leitergerüstbauer und Bierkuischer. Die geschätzten Vorkommnisse haben bereits in diesem Blatte zum größten Theile Erwähnung gefunden, ihre Rekapitulation ist daher nicht notwendig. Die Anordnung der einzelnen Branchen im Bericht würden wir nach alphabetischer Reihenfolge vorschlagen, dies nicht nur aus Gründen besserer Uebersicht, sondern auch um eventuellen Eifersüchteleien der Branchen unter sich zu begegnen.

Die Tabelle über die Mitgliederbewegung zeigt uns die erfreuliche Thatsache, daß eine Zunahme von 455 Mitgliedern im Berichtsjahre zu verzeichnen ist. Die Mitgliedschaft setzt sich zusammen aus 2146 Hausdiener und Packer, 135 Kellerarbeiter, 90 Fahrstuhlführer, 52 Markthallenarbeiter, 447 Kollfischer, 259 Bierfahrer, 879 sonstige Kuischer, 438 Kohlenarbeiter, 221 Leitergerüstarbeiter, 80 Mineralwasserarbeiter, 438 sonstige Arbeiter, 524 Möbeltransport- und Speibitionsarbeiter und 108 weibliche. Insgesamt 5806 Mitglieder. Die Zunahme ist dem besser durchgeführten Bezirksführer- und Vertrauensmännersystem zuzuschreiben. Auf das gleiche Konto geht auch die erfreulich größere Stabilität der Mitglieder. Die Zahl der Bezirksführer und Vertrauensleute beträgt gegenwärtig 213 und müßte, wie im Bericht gesagt wird, mindestens verdoppelt werden. Wir sind der Meinung, daß die Zahl der Bezirksführer und Vertrauensleute auf mindestens das Zehnfache

der jetzigen Höhe gebracht werden muß. In Berlin existieren mehr als 6000 Betriebe unserer Branche, die mehr als 5 Arbeiter beschäftigen in denen überall ein Vertrauensmann bestellt sein müßte. Hier giebt es also noch eine Heidenarbeit zu thun und sollte sich jeder Kollege hierzu einer Organisation zur Verfügung stellen. Daß immer noch 2717 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten, beweist, wie sehr die innere Organisation des Ausbaues noch bedarf. Außerst interessant ist folgende Tabelle des Berichts über die Dauer der Mitgliedschaft:

Jahre	Anzahl	Uebertrag	Anzahl
1902	2608		5499
1901	1003	1894	67
1900	887	1893	54
1899	405	1892	46
1898	288	1891	34
1897	137	1890	41
1896	87	Vor dem	65
1895	84	Jahre 1890	65
	5499		5806

Leider fehlen hier die Angaben der Eintritte in den betreffenden Jahren. Der nächste Bericht wird hoffentlich auch diese bringen und dann wird eine Uebersicht, zu welchem Prozentsatz die Mitglieder dem Verbands treu geblieben sind, möglich sein.

Eine geradezu gewaltige Summe von Arbeit bedurfte die Verwaltungstätigkeit. Außer 43 Ortsverwaltungsversammlungen wurden 5 Generalversammlungen, 9 Versammlungen der Bezirksführer und Vertrauensleute, 93 Agitationsversammlungen, 64 Bezirksversammlungen, 294 Betriebsbesprechungen und 53 Sitzungen der verschiedenen Kommissionen abgehalten. Ebenso umfangreich war die Bureauarbeit der Beamten.

Eine recht dankenswerthe Tabelle bringt uns der Bericht über die verausgabte Krankenunterstützung. Diese Sache ist besonders im gegenwärtigen Augenblick recht aktuell, da sich belamitlich die Verbandsgeneralversammlung in Hamburg mit der Regelung der Krankenunterstützung beschäftigen soll.

Es wurden insgesamt an Krankenunterstützung gezahlt M. 8857,80. Krank meldden sich im Laufe des Jahres 648 Kollegen. Davon erhielten Unterstützung 514 Kollegen. Der Branche nach vertheilt sich dieselben wie folgt: Kuischer 169, Arbeiter 191, Hausdiener, Packer zc. 154. Zusammen 514.

Nach der Dauer der Mitgliedschaft berechnet erhielten Unterstützung:	Kuischer nach 1jähr. Mitgliedsch.	64 Koll. M.	552,70	also 188 Woch.
2	64	920,60	184	—
3	28	567,—	94	3
5	15	362,45	51	5
7	8	306,65	38	2
		Summa 169 Koll. M.	2709,40	also 506 Woch. 3 Z.

Arbeiter nach 1jähr. Mitgliedsch.	86 Koll. M.	644,45	also 161 Woch.
2	58	818,95	163
3	45	842,—	140
5	18	580,85	88
7	9	255,60	82
		Summa 191 Koll. M.	3141,25

Hausdiener, Packer zc. nach 1jähr. Mitgliedsch.	86 Koll. M.	372,60	also 93 Woch.
2	85	511,55	102
3	88	774,65	158
5	18	410,25	58
7	27	938,10	117
		Summa 164 Koll. M.	3007,15

Bezüglich der Dauer der Mitgliedschaft im Allgemeinen sind die Jahrgänge an der Unterstützung wie folgt betheiligt:

1. Stelle die. nach 2jähr. Mitgliedsch.	mit M.	2250,50
2. "	"	2189,65
3. "	"	1569,73
4. "	"	1500,95
5. "	"	1353,55

Prozentual entfällt auf den Kopf der Hausdiener 1,24, der Kuischer 1,70, der Arbeiter 1,75 M. an Unterstützung. Eine weitere, ebenso interessante Tabelle, zeigt die Vertheilung der Arbeitslosenunterstützung auf die einzelnen Branchen und die Mitgliedsdauer. Leider fehlt hier die Berechnung der Unterstützung pro Kopf des Mitgliedes. Die absoluten Zahlen sind folgende: Arbeitslosenunterstützung haben erhalten: Hausdiener 3673,40, Kuischer 833,50 und Arbeiter 1466,60 M. Hier zeigt sich also für die Branchen das entgegengegesetzte Verhältniß wie bei der Krankenunterstützung.

Bezüglich der Unterstützung bei Streiks und Maßregelungen ist eine genauere Uebersicht nicht vorhanden, in den künftigen Berichten wird sie sich ebenfalls notwendig machen.

Recht umfangreich und übersichtlich ist diesmal auch der Bericht über die Stellenvermittlung, leider ist es uns raumangelshalber nicht möglich, Näheres aus demselben hier anzuführen.

Ferner bietet der Bibliotheksbericht recht interessantes Material. Am wenigsten sind jene Kollegen an der Benutzung der Bücher betheiligt, deren Arbeitszeit eine außergewöhnlich lange ist. Im Ganzen wurden 2115 Bücher gelesen, leider fast zur Hälfte Romane. Dennoch konstatirt der Bericht erfreulicherweise die steigende Zahl der Benutzer belehrender und wissenschaftlicher Bücher. Vielleicht giebt uns der nächste Bericht auch Aufschluß über die am meisten gelesenen Bücher, erst dann würden wir das mehr oder minder große Verständnis und Interesse der Kollegen für einzelne Fragen beurtheilen können.

Der Kassenbericht wird in nächster Nummer gegeben und können wir uns folgedessen hier eine Erläuterung desselben sparen, auch er weist Fortschritte auf, und zeugt von eifriger, fleißiger Thätigkeit der Verwaltung.

Zum Schluß möchten wir hier den Wunsch aussprechen, in Zukunft die Jahresberichte der Berliner Verwaltungsstellen gemeinsam herauszugeben. Erst dann hätten wir eine Uebersicht über die gesammte Berliner Berufsbewegung und der Eindruck des Berichts auf die Mitglieder würde ein entschieden vortheilhafter sein. Außerdem interessieren sich die Mitglieder gewiß für den Fortgang der Organisation am Orte überhaupt und ein Vergleich der gegenseitigen Arbeit spornet ganz sicher zu neuer intensiver Thätigkeit an.

Nun zum Hamburger Jahresbericht. Auch hier eine Fülle von fleißiger, unermüdlicher Thätigkeit. Einleitend wird der Zusammenschluß der Verwaltungsstellen Hamburg, Altona und Wandsbeck behandelt und gezeigt, wie segensreich derselbe gewirkt hat. Die folgende Tabelle zeigt uns die Entwicklung der Verwaltungsstelle Hamburg.

Jahr	Aufnahmen	Zu Buchstehende Mitglied.	Zahlende Mitglieder	Zahl der verkauften Wochenbeiträge	Jahres-Einnahme	M.	3
1897	562	640	312	16,299	4,398	22	
1898	997	1,282	1,072	50,537	14,484	88	
1899	847	1,495	1,888	46,180	18,829	47	
1900	1,375	2,147	1,434	74,599	28,926	51	
1901	887	2,098	1,658	86,216	33,677	73	
1902	1,318	2,592	1,878	97,890	42,334	86	

1) Das Jahr 1898 umfaßt 18 Monate. 2) Das Jahr 1899 umfaßt 11 Monate. 3) Durch die Einführung der neuen Beiträge 1901 wurden rund 180 Kollegen gestrichen werden, da sie die höheren Beiträge nicht zahlen wollten. Diese mußten jedoch bis dahin überflüssiger Weise als Mitglieder gebucht werden.

Die Zahl der zu Buchstehenden Mitglieder liegt um rund 500, der zahlenden Mitglieder um

200, die verkauften Wochenbeiträge mehrten sich um 11,174 Stück, die Einnahme stieg um 8,657 Ml.

Gleich erfreuliche Fortschritte weisen die Verwaltungsstellen (Altona und Wandersbeck) auf, leider verbleiben uns die Raumverhältnisse die Aufnahme der entsprechenden Tabellen. Die Gesamtentwicklung der drei nunmehr vereinigten Verwaltungsstellen zeigt folgendes Bild:

Jahr	Aufnahmen	Zu Buch stehende Mitglied.	Zahlende Mitglieder	Zahl der verkauften Wochenbeiträge	Jahres-Einnahme	M	S
1897	742	716	434	21,716	5,686	92	
1898	1,275	1,309	1,214	63,144	17,455	18	
1899	984	1,889	1,198	62,305	22,923	47	
1900	1,644	2,584	1,795	98,347	35,253	86	
1901	1,112	2,610	2,077	108,008	41,905	77	
1902	1,633	3,216	2,957	122,564	52,175	46	

Das Verhältnis der Neueintretenden zu den ausscheidenden Kollegen ist in Hamburg fast genau so wie in Berlin. Von je 230 neu aufgenommenen blieben nur 100 Mitglieder und der Bericht betont mit Recht, daß dieses Verhältnis nur durch ständigen Ausbau der inneren Organisation ein erträglicheres werden kann. Die Zahl der Verbandsfunktionäre, Vertrauensleute etc. ist trotz der wesentlichen geringeren Mitgliederzahl in Hamburg größer als in Berlin, sie beträgt 325. Das ehrt die Opferwilligkeit der Hamburger Kollegen ganz besonders.

Eine weitere Tabelle bringt uns eine Uebersicht der wichtigsten Vorgänge in der Verwaltungsstelle. Bei aller Anerkennung der mühsamen Arbeit erscheint uns hier die von der Berliner Verwaltung in getrennten Tabellen vorgeführte Darstellung wesentlich übersichtlicher und wohl auch für den Bearbeiter der Sache einfacher und praktischer zu sein. Dabei möchten wir aber die Theilnahme über den Rechenschaft erhalten und auch in Berlin eingeführt wissen.

Recht praktisch und vorteilhaft für die Organisation halten wir die im Bericht gegebenen Anweisungen für die Distrikts-, Bezirks- und Betriebsverammlungen bezüglich der Agitation. Auf diese Tätigkeit kann unserer Ansicht nach nicht oft genug hingewiesen werden.

Ueber die Arbeitslosigkeit in einzelnen Monaten giebt der Bericht ebenfalls eine sehr schätzenswerthe Uebersicht. Ob freilich auch an anderen Orten die Möglichkeit vorliegt, die Arbeitslosigkeit als Folge ungenügender Witterung ebenfalls genau konstatieren zu können, ist uns zu beurtheilen nicht möglich. Die Mitgliederzahl setzte sich im Berichtsjahre zusammen aus 1412 Koll., Vlod- und Geschäftsführer, 818 Hausdiener, Komitoboten, Bader, Lagerarbeiter, (darunter 15 weibliche Mitglieder), 361 Bierkutscher und Brauereiarbeiter, 291 Straßenbahner, 119 Droschkenfahrer, 117 Mobiltransportarbeiter, 70 Fensterputzer, 51 Leitergerüstbauer, 26 Räucherer und 21 Diverse.

Die von dem Bericht erwähnten Streiks etc. sind bereits in diesem Blatte ausführlich behandelt worden. Eine ausführliche Tabelle über die Mitgliederbewegung in den Distrikten ist uns ihres Umfangs wegen leider nicht möglich zu bringen. Sie behandelt die Schwankungen der Mitglieder in den einzelnen Distrikten nach Monaten. Wir halten aber die Veröffentlichung für ein außerordentlich gutes Mittel, die Funktionen zu lebhafter Agitationstätigkeit anzuspornen.

Auch im Berliner Bericht wäre es unserer Ansicht nach möglich, eine Darstellung der Tätigkeit der Bezirksführer zu geben. Als Grundlage hierzu könnten die von dem betreffenden in den einzelnen Monaten verkauften Beitragsmarken dienen. Eine solche Aufstellung würde den gleichen Zweck erreichen und vor allen Dingen zeigen, welche Kollegen ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellen.

Der Jahresbericht für Hamburg schließt mit 49 547,21 Ml. in der Einnahme und 42 735,33 Ml. in der Ausgabe, sodas am Orte ein Kassenbestand von 6 811,88 Ml. verbleibt.

Schließlich möchten wir zum Format des Berichtes noch einen Wunsch aussprechen, der im Interesse der Berichterstatter selbst, besonders aber der Mitglieder liegt. Jahresberichte sind Dokumente, die sich jeder Kollege gerne für spätere Zeiten aufhebt.

Wir würden deshalb vorschlagen, sich dahin zu einigen, daß alle Verwaltungsstellen des Verbandes ihren Jahresbericht in gleichem Format erscheinen lassen. Das gleiche Format müßte dann auch für die Berichte des Zentralvorstandes in Betracht kommen. Dadurch wird erst die Möglichkeit gegeben werden, die Berichte in einheitlichen Einbänden aufbewahren zu können.

Somit möchten wir noch anregen, in den Einleitungen der Berichte auch die wirtschaftliche Geschäftslage kurz zu skizzieren, es wird dann vieles im Bericht selbstverständlicher und erklärlicher. Auch dürften die politischen Ereignisse, soweit sie das Berufsleben unmittelbar berühren, nicht ganz aus dem Auge gelassen werden.

Wir vermiffen ferner für beide Orte einen Bericht über die Tätigkeit der Organisation auf dem Gebiete der Ueberwachung der Arbeiterschutzgesetze, die Kontrolle über Innehaltung der Sonntagsruhe, des Lebensflusses, der gesetzlichen Ruhepausen, der Mittagspausen, der Ausstattung der Wagen mit den vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen, der Innehaltung der verschiedenen Unfallverhütungsvorschriften, der polizeilichen Vorschriften bezüglich der Beschaffenheit der Geschäfts- und Pächräume etc. Indes bedarf es gewiß nur der Anregung, damit auch auf diesem Gebiete den Kollegen gezeigt wird, welche Ummenge von Arbeit zu ihrem persönlichen Schutze die Organisation zu leisten hat.

Von großem Werthe für die innere Entwicklung der Organisation würden wir auch eine tabellarische Darstellung der Tätigkeit der Betriebsvertrauensleute halten. Diese könnte etwa folgendes enthalten: Die Betriebe, in denen Vertrauensleute thätig sind, die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Kollegen, die Zahl der davon dem Verbands angehörenden Kollegen in den verschiedenen Monaten etc. Das wäre unserer Ansicht nach das Nächste, was der Berücksichtigung in den künftigen Jahresberichten werth wäre.

Alles in Allem sind beide Jahresberichte eine Leistung, die wohl hervorzuheben zu werden verdient. Sie zeugen beide von der fast übermenschlichen Tätigkeit, die seitens unserer Ortsbeamten fort und fort geleistet werden muß. Sie zeugen von vielen Ueberstunden, halb und ganz durchwachten Nächten. Sie zeugen davon, daß Jene, die die Forderung des Achtstundentages für die Allgemeinheit der Kollegen erheben und zu erkämpfen trachten, selber täglich die doppelte Zeit und länger arbeiten müssen unter Hintenansetzung ihrer persönlichen Interessen, ihrer Gesundheit, unter grober Vernachlässigung der eigenen Familienspflichten, nur der Organisation dienen und dafür schließlich noch großen Lihdanf ernen.

Den Gewerkschaftsangeestellten stiegen die gebrotenen Lauben nicht in den Mund, wie den Agitatoren der Schafsmader, rauh und dornig ist vielmehr der Weg, den sie zu gehen haben und an ihren Idealismus werden wir e i t m e h r Anforderungen gestellt, als dies sonst bei Kollegen geschieht, die sich in annähernd gleich guter, wirtschaftlich unabhängiger Position befinden. Das Gedeihen der Organisation hängt überall nicht von Benizissen von der Tätigkeit, dem Eifer und Fleiße ihrer Leiter ab.

### Die Rauchwaaren-Markthelfer Leipzigs und die Organisation.

Der wichtigste Ort für den Rauchwaarenhandel ist nächst Moskau Romgorod unbestreitbar Leipzig. Dort sitzen die Händler in genannten Artikel aus aller Welt zusammen und von dort aus geschieht der Versand der Pelzwaaren vom feinsten bis zum billigsten Genre nach allen Welttheilen. In Leipzig wieder ist es hieselbst eine Straße, die die Höhe des Rauchwaarenhandels beherbergt. Es ist die der sogenannten „Brühl“. Hier verkehrt der polnische Jude mit den charakteristischen Ringellocken ebenso wie der dühendberingte Millionär, hier hört man hebräisch und deutsch, perisch und französisch, englisch und russisch, finisch und polnisch sprechen, international sind hier die Händler, die Waaren und das Geld. Auch sonst kann man den „Brühl“ schon von weitem durch die von Fretten und Hüuten aller Art ausströmenden Wohlgerüche erkennen.

Das Zentrum des Pelzhandels ist für uns besonders interessant durch die dort thätigen Kollegen. Angethan mit blauer Bluse und grauer Leinwandhülle, eine schwarze Schilbnütze auf dem Kopfe, hantieren hier die für die Abwicklung der Geschäfte unumgänglich notwendigen Rauchwaarenmarkthelfer.

Es giebt Geschäfte, in denen bis zu 20 solcher Kollegen thätig sind. Die Entlohnung ist eine recht verschiedene. Anfangs mit 16 Ml. pro Woche erreichen die Kollegen nach Jahre- und jahrzehntelanger Thätigkeit selten einen Wochenlohn von 20 Ml. In ganz verhältnismäßig wenigen Ausnahmefällen vielleicht wohl 1 oder 2 Ml. mehr. Dies aber nur dann, wenn der betreffende Markthelfer sich im Geschäft durch seine Kenntnisse der verschiedenen Fellsorten sozusagen unentbehrlich gemacht hat. Dabei giebt es aber auch verhältnismäßig nicht wenige Rauchwaarenmarkthelfer, die trotz jahrelanger Dienstzeit nur 18 oder 20 Ml. Wochenlohn erhalten. Hierzu kommen allerdings noch einige Nebeneinkommen, als da sind: Tringelber, Weihnachtsgraffitation, Jubiläum- und Weihnachtsgeschenke, Erträge von im Geschäft unbrauchbar gewordenen Einballagen usw. Alles dies zusammen macht aber thatsächlich nicht soviel an Entschädigung aus, als die Arbeitgeber eigentlich den Markthelfern an Lohn geben müßten, wollten sie diese entsprechend ihrer Kenntnisse im Geschäft bezahlen. Nur die meisten Kollegen, die sich mit vieler Mühe und Aufmerksamkeit die genaue und sichere Kenntnis der Pelze, Leder etc. aneignen, können wirklich darauf rechnen, dauernd in der Branche beschäftigt zu werden. Sie sind die sogenannten Sachverständigen im Geschäft, werden aber nicht wie solche, sondern ebenso wie Markthelfer in anderen Branchen entlohnt.

Löhne von 26 Ml. sind heute bei den von Jahr zu Jahr steigenden Preisen der Wohnungsmieten und der Lebensmittel für die dringendsten Bedürfnisse reichend, und bei härtlichen Familien ist dies nicht einmal der Fall. Für höhere Bedürfnisse bleibt auch dem bestbezahlten Rauchwaarenmarkthelfer nichts übrig, diese muß

er sich ebenso wie seine Kollegen in anderen Branchen fast gänzlich versagen.

Betrachten wir alle diese Thatsachen einmal recht genau, dann können wir wirklich nicht begreifen, wie es unter den Rauchwaarenmarkthelfern noch Leute giebt, die einen gewissen Berufsstolz haben, sich sozusagen darauf etwas zu Gute thun, nicht Markthelfer gewöhnlichen Schlages, sondern Rauchwaarenmarkthelfer, also etwas Besseres zu sein. Sich auf seine Branche, die ihn nun zufällig das Schicksal verschlagen hat, etwas Außergewöhnliches einzubilden, dazu hat heutzutage kein Kollege begründete Ursache. Niemanden unter uns wird dafür Garantie geleistet, daß er morgen oder übermorgen noch im Geschäft thätig ist, oder daß er dann nicht schon zur großen Arme der Arbeitslosen gehört. Abgesehen von Krankheit und Alter, genügt oft ein Versehen im Geschäft, um das „Brod“ zu verlieren. Der Unternehmer fragt heute den Teufel nach der Existenzmöglichkeit des Rauchwaarenmarkthelfers, er kümmert sich genau so wenig um diese wie um die Existenz seiner sonstigen Arbeiter, er sieht nur danach, daß seine Person nie den Kürzeren zieht. Das ist hier so wie überall, auch nicht um ein Jota anders.

Die natürliche, die logische Konsequenz dieser Verhältnisse wäre, daß die Rauchwaarenmarkthelfer genau das thun, was ihre Kollegen in anderen Branchen thun, um sich zu schützen, daß sie sich einer guten erprobten Organisation anschließen. Mit Hilfe einer solchen könnten sie ohne Weiteres eine große Menge von Vorteilen in ihrem Arbeitsverhältnis erzielen. Sie könnten ferner ihrem Unternehmer Achtung vor den Markthelfern abringen, sie könnten ihnen zeigen, wie man zielbewusste Arbeiter behandeln darf und wie nicht. Alles in Allem, sie könnten sich selbst eine höhere Stellung in der menschlichen Gesellschaft erringen.

Angehme ist aber der Wille hierzu vielfach in den Kollegen selbst nicht vorhanden. Obwohl die Arbeit der Rauchwaarenmarkthelfer größtenteils eine anstrengende, gefährliche und oftmals auch gesundheitschädigende ist, denken sie doch nicht daran, hierin soviel als möglich Wandel zu schaffen.

Nurherdem meinen wir, könnten die Kollegen auch eine Verkürzung der Arbeitszeit ertragen, ohne daß sie an ihrem leiblichen oder geistigen Wohle Schaden litten.

Der Berufsorganisation auf moderner Grundlage gehören von den etwa 700 Leipziger Rauchwaarenmarkthelfern verhältnismäßig recht wenige an. Dafür zählt der Verein der vereinigten Rauchwaarenmarkthelfer und verwandten Berufe ca. 120 Mitglieder, und der sogenannte „Pelzbrüderklub“ hat soviel Anhänger, daß er neue Mitglieder überhaupt nicht mehr aufnimmt. Beide Vereine halten leider ihre Vergütungen in Lokalen ab, die der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehen, und beweisen damit demonstrativ, daß sie eine Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder durchaus nicht herbeiführen wollen. Ersterer Verein hat füglich, um seinen Standpunkt zur sozialen Frage ganz klar darzutun, zu einem Feit sogar eine Militärkapelle engagirt. Beide Vereine sind lediglich Vergütungsvereine und pflegen nebenbei ein wenig die Krankenunterstützung.

Die Herren Geschäftsinhaber lind froh darüber, daß ihre Markthelfer nicht zu den unzufriedenen Elementen gehören, sie unterstützen, — was für die Tendenz recht bezeichnend ist, — denn Vereine mit allerdah keinen Geldmitteln. Hinterden lachen sie sich freilich über die dummen Kerle von Markthelfer ins Fräustchen, die Geseh wissen ganz gut, welche Macht die Markthelfer ihnen gegenüber repräsentirten, wenn sie einig wären. Die Geschäftsinhaber wissen genau, daß sie im Falle einer Arbeitsniederlegung der Markthelfer dieser Branche Alles bewilligen müßten, weil auch minderwertiger Ersatz unter keiner Bedingung zur Verfügung steht. So bemühten sie denn im eigenen Interesse die beiden Vereine der Markthelfer, damit ihre Schäden nicht auf Abwege geraten. Leider haben bisher die Rauchwaarenmarkthelfer nicht bemerkt, daß sie zu ihrem eigenen Schaden von gewissen Leuten am Gängelbände geführt werden.

Das muß in Zukunft anders werden! Seite an Seite mit der übrigen Arbeiterschaft, mit den sonstigen Berufscollegen, müssen auch die Rauchwaarenmarkthelfer ihren Mann stellen. Licht muß es werden am Leipziger Brühl und hell in den Köpfen der Kollegen. Die Rauchwaarenmarkthelfer dürfen nicht länger die Hände in den Schooß legen und zusehen, wie Andere für sie den Befreiungskampf aus dem Joche des Kapitalismus kämpfen. Auch der letzte Markthelfer muß sich in Reich und Glied stellen, muß mitthun, ein schöneres Dasein für sich, seine Familie und seine Kollegen zu erkämpfen. Deshalb, Kollegen, hinein in eure einzige Berufsorganisation, den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands! Nur dieser ist es, der eure Interessen und nicht die Curer Arbeitgeber wahrnimmt.

### Lohnbewegung der Jungbierkutscher.

Am Donnerstag, den 5. Februar, fand die ebndtliche Verhandlung der Kutscher mit den Brauereibesizern vor dem Einigungsamt des Berliner Gewergerichts statt.

Als die Sitzung gleich nach 10 Uhr eröffnet war, erhielt zunächst für die Kutscher der Bevollmächtigte August Berner das Wort, der etwa folgendes ausföhrte: Die Kutscher erklären sich mit der in dem preussischen Tarif festgelegten Lohnsala einverstanden, desgleichen mit der Bezahlung des Wandergewerbesoldes und der Reisenden durch die Brauereibesitzer, sowie mit der Einsetzung einer Schlichtungskommission. Soll aber ein einheitlicher Tarif für beide Theile durchgeführt werden, so fordern die Kutscher, daß die Bierkutscher ganz von den Brauereibesitzern bezahlt wird. Der Prozentatz ist für Stadt- und Landkutscher gleich zu stellen und soll unter den bestehenden Verhältnissen 20 pSt. betragen. Die Kutscher sind der Ueberzeugung, daß eine Biersteuerung

zur Zeit unbrauchbar sei, falls aber die Brauereibesitzer eine solche eintreten lassen, verlangen die Kutscher, daß die Brauereien im Hausverkauf sowohl als auch in den Filialen das Bier nur zu demselben gleichen Preise (12 Pf. pro Liter) abgeben dürfen, wie die Kutscher. Auf ein Sechszehntel Gebinde werden 15 Pf. Provision gewährt; Kantonen bleiben, wo sie bestehen, auch bestehen. Einen Kutscher, der auf ordnungsmäßigem, gesetzlichem Wege sein Arbeitsverhältnis löst, einzustellen, muß jedem Brauereibesitzer freistehen. Die Brauereibesitzer erkennen endlich den Arbeitsnachweis des Zentralverbandes an und verpflichten sich in vorkommenden Fällen, diesen zu benutzen. Daraufhin erklärte zunächst Brauereibesitzer Guth, daß der Arbeitsnachweis rundweg abgelehnt würde. Die Lohnkatale wollten die Unternehmer in folgender Form anerkennen: Bis zu 90 Mt. Umsatz 18 Mt., bis zu 125 Mt. Umsatz 19,50 Mt. und bis zu 150 Mt. Umsatz 21,50 Mt. Lohn und weiter nach Vorchrift der provisorischen Lohnkatale. Es kam nochmals zu einer regen Debatte, in deren Verlauf Brauereibesitzer Guth erklärte, er sehe allem, was etwa auf eine Neueinigung folgen würde, mit Ruhe entgegen. Er bestritt, daß die Kunden vom Kutscher kaufen, sondern im Gegenteil vom Gespann, von der Firma. Er habe in den letzten Tagen selbst einen Wagen gefahren. Um die Kunden sei es nicht so schlimm gewesen, da die Pferde immer vor den Häusern stehen geblieben seien, wo Kunden wohnten. Er habe einen Umsatz von 40 Mt. pro Tag erzielt. Das Einigungsamt zog sich darauf zurück, um einen neuen Vorschlag für die Einigung zu machen.

Nach mehrstündiger gegenseitiger Besprechung erklärte der Vorsitzende v. Schulz die Verhandlungen als gescheitert. In einem Schiedsspruch ist es indessen nicht gekommen, weil sich die Meinungen der beiderseitigen Vertrauensmänner, die als Vorfänger des Einigungsamtes fungierten, diametral gegenüberstanden. (Von den Arbeitnehmern waren dies Köstler und Schumann, von den Arbeitgeber Brauereibesitzer Gehardt und Direktor Mal.) Infolgedessen hat der Vorsitzende von dem § 71 des Gewerbegerichts-Gesetzes Gebrauch gemacht und von der Fällung eines Schiedsspruches Abstand genommen.

In einer äußerst gut besuchten Versammlung nahmen die Kutscher am 6. Februar abermals Stellung zu der Frage und beschloßen, folgenden Tarif den Unternehmern zur Unterschrift vorzulegen:

**Tarif**

für die bei der Firma . . . . . beschäftigten Kutscher.

- Das Bier wird seitens der Kutscher mit 8 Pf. pro Liter abgerechnet.
- Der Lohn beträgt bei einem Umsatz bis zu 70 Mt. . . . . . 18 Mt.
 

„ 100 „ . . . . .	21 „
„ 150 „ . . . . .	24 „
„ 200 „ . . . . .	27 „
„ 250 „ . . . . .	30 „
„ 300 „ . . . . .	33 „
„ 350 „ . . . . .	36 „
- Für Bier in kleinen Gebinden werden 10 pCt. gewährt, welche bei jeder Abrechnung in Abzug kommen.
- Der Wandergewerbesteuer für die Landkutscher ist von den Brauereibesitzern zu bezahlen.
- Die Biersteuer hat der Brauereibesitzer zu tragen.
- Maßregelungen oder Berufsverklärungen der Kutscher dürfen nicht stattfinden.

Im Falle der Ablehnung dieses Tarifs wollen die Kollegen geschlossen in den Streik eintreten. Unter großer Begeisterung wurde nachfolgender Beschluß gefaßt: „Diejenigen Kollegen, bei deren Firma der neue Lohnsatz anerkannt wird, erhalten Legitimationskarten vom Verband ausgehändig. Die Arbeiterschaft Berlins soll in geeigneter Weise hiervon verständigt werden.“

Weiter erhalten die Kollegen ein Flugblatt, welches sie an ihre Kundenschaft verteilen sollen und in welchem darauf hingewiesen wird, daß die Unternehmer in der rückwärtslosesten Weise ihre Kutscher in den Kampf gedrängt haben.

Ferner fand ein Antrag einstimmige Annahme: „Zu Gunsten etwa Gemäßregelter pro Mann 10 Mt. extra zu entrichten.“

Am Montag, den 8. Februar, legten 119 Kutscher die Freit nieder. Nur die Kutscher von sieben Firmen, welche sofort bewilligten, traten nicht in den Streik. Bericht über den weiteren Verlauf der Bewegung folgt in nächster Nummer.

**Für Frage der Wittwenunterstützung.**

**Hamburg-Verrennmühle.** Auch ich möchte mir erlauben, meine Meinung darüber zu äußern. Was mich selbst anbeht, so wäre ich sofort bereit, 30 Pf. pro Woche zu zahlen. Ja, wird mancher Kollege sagen, der Kollege Springer hat wohl guten Verdienst und kann es sich leisten. Demgegenüber erwidere ich, daß ich nur 44 Mt. monatlich verdiene; dazu habe ich freie Wohnung und etwas Gartenland mit ein paar Obstbäumen. Doch bei gutem Willen ist es möglich. Denn hier so Gelegenheit hat, andere Zeitungen zu lesen wie ich, der kann so recht sehen, was wir vom Staat des weiteren zu erwarten haben. Also nur frisch daran zur Selbsthilfe, den schnellsten Anfang hierzu zu machen, pflichte ich dem Kollegen Reither bei. Die Ortsverwaltungen lassen durch die Kassier bei den Kollegen anfragen, erhalten bei nächster Kassierung Antwort. Es wäre dann schon möglich, bis zur nächsten Generalversammlung genügend Material zu haben, um die Frage mit auf die Tagesordnung zu bringen. Den Bedenten einiger Kollegen sowie des Kollegen Reimüller kann ich nicht beistimmen, denn das ist genügend mibekannt. Als unsere Hamburger Zahlstelle den Beitrag erhöhte, da wurden auch viele Bedenten laut; viele Kollegen würden austreten und das gerade Gegenteil ist zu verzeichnen. So weit ich meine Sam-

burger Kollegen kenne, kann ich mit Sicherheit annehmen, daß bei der Umfrage die Hälfte Ja sagen werden. Man hat dann leicht eine Berechnung bei 30 Pf. pro Woche und zweifelhafte Stanzzeit, wie groß das Kapital dann ist. Nun rufe ich noch allen Kollegen zu, thut eure Pflicht und wir werden bald aus unserer Unterdrückung befreit sein.

G. J. Springer.

Im Anschluß des Schreibens meines Mannes betr. der Frauenunterstützung erlaube ich mir ebenfalls ein paar Zeilen beizufügen mit der Bitte, selbige in „Courier“ zu veröffentlichen. Mit der Anleitung hierzu des Herrn Dreher sowie der betreffenden anderen Herren kann ich nur einverstanden sein. Nur betreffs des Herrn Gräfe muß ich erwidern, daß selbiger nicht zu kleinlich von den Frauen denken möge, denn ich glaube kaum, daß 10 von 100 sein würden, die kein Verständnis für den Verband hätten. Es wäre zwar noch erwünscht, Versammlungen zu veranstalten und Vorträge zur Frauenaufklärung zu halten, damit die Sache schneller gefördert würde. So rufe auch ich: „Frisch gewagt ist halb gewonnen.“

Frau Johanna Springer.

**Mit.** Ueber die Frage der Wittwenunterstützung ist ja von verschiedenen Seiten das „Für und Wider“ über die Einführung derselben erörtert worden, und möchte ich anschließend an dieses bemerken, daß dieselbe meines Erachtens wohl durchführbar und außerdem von großem Nutzen für die einzelnen Mitglieder der Versicherung, als auch der gesamten Organisation ist. Was nun die einzelnen Punkte betrifft, als da sind: Beitragszahlung, die Höhe der Unterstützung, Karenzzeit u. s. w., so halte ich die Vorschläge des Kollegen Dreher im größten Teil für richtig, wenn auch einiges bei der definitiven Festlegung der Statuten geändert wird. Der Kollege Dreher hat meiner Ansicht nach nur eine Anregung dazu gegeben und ist es jetzt Pflicht eines jeden Kollegen bzw. jeder Verwaltungsstelle, Ermittlungen anzustellen, wieviel von den Kollegen dazu geneigt sind, die Anregung zur Thatsache umzusetzen, und jeder ethisch denkende Kollege möchte sich dafür erklären, da ihm hierdurch die Gelegenheit geboten wird, seine Familie bei einem hier in Betracht kommenden Falle vor äußerster Noth und Sorge zu schützen. Was nun den Prozenzfuß der Sterblichkeitsziffer anbeht, so neige ich auch hierbei mehr zu den Berechnungen des Kollegen Dreher (20:1000), hier geht der Kollege Müller entschieden zu hoch (30-35:1000), bei einer solchen Statistik müssen wir die Sterblichkeitsziffer der Kinder, Frauen u. s. w. abrechnen, weil diese in solchem Falle nicht in Betracht kommen. Was den Ausführungen des Kollegen Neimüller anbeht, so sehe ich mich veranlaßt, einiges darauf zu erwidern: Als ersten Grund des nicht zu Stande Kommens giebt er den niedrigen Lohn der meisten Kollegen an! Warum ist der Lohn so niedrig? Weil wir eben in der Organisation nicht stark genug sind, unsere Wünsche auch in Wirklichkeit umzusetzen, und daß wir das nicht sind, sollen vielfach die Frauen verschulden, weil sie ihre Männer vom Verband fernhalten. Hier soll nun die Wittwenunterstützung das Mittel zum Zweck bilden, denn hierdurch wird der Frau ein leicht verständlicher Nutzen geboten, der speziell sie angeht, und darum werden die Frauen auch warme Anhänger unseres Verbandes werden, ja, ich gehe noch weiter, es werden sich manche noch den Beitrag vom Haushaltungsgeld absparen, um nur ihrer Anrechte nicht verlustig zu gehen. Daß die Frauen oft Gegner des Verbandes sind, steht ja fest, aber die Kollegen sind in vielen Fällen selbst Schuld daran, und nicht zum wenigsten darum, weil sie die Frauen die Beiträge bezahlen lassen, aber eine Auffklärung über den Zweck und Nutzen des Verbandes erhalten sie nicht. Ich bin weiter der Meinung, daß die Kollegen die Beiträge ohne Hilfe der Frau bezahlen könnten; es wird noch sehr viel Geld für andere Zwecke ausgegeben, die eher zu allem anderen, als zum Nutzen oder Aufklärung des Betreffenden dienen.

Paul Koszudowski.

**Aus unserem Beruf.**

**Droschkentutscher.**

**München.** Am Freitag, den 6. Februar 1903, fand im Saale des Gabelberger Kellers eine gut besuchte Nachterversammlung der Lohnkutscher-Gesellen mit nachfolgender Tagesordnung statt: „Die Stellungnahme der Münchener Lohnkutscher-Znning zu den jüngsten polizeilichen Verordnungen.“

Der Referent Kollege Georg Döbler führte, zunächst auf die Entmischung der Znningen eingehend, im Wesentlichen ungefähres Folgendes aus: Die Gewerbeordnung von 1869 ließ genossenschaftliche Organisationen für den Handwerkerstand recht wohl zu; die von früher her vorhandenen Znningen konnten (mit gewissen Abänderungen) fortbestehen, auch für die Bildung neuer Znningen waren ausdrücklich Bestimmungen vorgesehen.

Für den Inhalt der letzteren wurde indessen vorwiegend die Anschauung maßgebend, daß es nicht Sache des Staates sei, die Znningensbildung positiv zu fördern, daß es vielmehr den Beteiligten überlassen sei, ob sie es ihren Interessen förderlich finden würden, zu Znningen zusammenzutreten.

Derselben Auffassung folgend, haben auch die Regierungen in der ersten Zeit nach Erlass der Gewerbeordnung es nicht für ihre Aufgabe gehalten, der Entmischung der Znningen eine fördernde Thätigkeit zuzuwenden.

Unter dem Drucke der Zünftler nun gingen Ende der 70er Jahre eine Reihe von Regierungen daran, diese vorgezeichnete Znningensbildung durch Verlesung von Normalstatuten, durch Anregungen aller Art stärker in Gang zu bringen.

Ein Erlass des preussischen Handelsministers vom Januar 1879 wirkte bei den Behörden als Impuls, diesen Organisationen des Handwerks größere Beachtung und Förderung zuzuwenden.

Wiel wurde jedoch auf diesem Wege der freien Vereinsbildung nicht erreicht, schon darum nicht, weil die

Handwerker, soweit sie überhaupt organisationsfähig waren, mehr und mehr in das Fahrwasser der zünftlerischen Agitation gerieten.

Man war der Meinung, und nicht mit Unrecht, daß Znningen ohne Vorrechte und Zwangsrechte gegenüber den Außenstehenden wirkungslos Vereinsmischerel ohne jede Bedeutung für das Handwerk sei.

Man legte sehr bald solchen Znningen keinerlei Werth mehr bei, deren Beschlüssen und Rechten Jedermann sich beliebig entziehen kann.

Der Grundgedanke war und ist, die Znning sollte allgemein gültig regelbare Instanz werden, insbesondere für Lehrlingshaltung, Erziehung und Prüfung, für Fachschulen, Hilfskassen, Herbergswesen, gewerbliche Rechtsprechung, ja sogar noch für das Meisterwerden.

Diese Allgemeingültigkeit sollte entweder erreicht werden durch Zwangsbeitritt aller betheiligten Unternehmer, oder durch Geltung der Znningsschlüsse auch für die Außenstehenden.

In schrittweisem Entgegenkommen für diese Forderungen hat sich dann die deutsche Gesetzgebung seit 1881 bemegt.

1886 erhielten die Korporationsrechte sowie juristische Person. 1887 schlug man der Regierung vor, Nichtzinnungsmeister auch zu den Kosten von Zinnungsherbergen, Arbeitsnachweisen, Ausbildungsstätten und Schiedsgerichten heranzuziehen, was allerdings verworfen wurde.

Das Arbeiterschutzgesetz von 1891, das neue Vorschriften über die Sonntagsruhe und zum Schutze für Leben und Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter brachte, wies den Znningen die Aufgabe zu, durch das Znningstatut die Ueberwachung und Vethätigung dieser Bestimmungen zu regeln; einer Aufgabe, der sich die Münchener Lohnkutscher-Znning keineswegs bewußt sei.

Sie kümmert sich um die Gesellen nicht, weil sie eben eine „freie“ Znning ist, in der jeder Meister thut, was er will.

Formell selbstverständlich trete man ja ein für Sozialpolitik, um wenigstens nach außen und oben zu dokumentieren, wie arbeiterfreundlich man ist, gefahte Beschlüsse jedoch zu Gunsten der Gesellen wurden bisher nicht ausgeführt.

Wie die reformtendende Thätigkeit der Znning im Allgemeinen aussieht, ist längst bekannt.

Redner erörtert dann eingehend die Befugnisse der Gesellenausschüsse in den Znningen und bemerkt hierzu besonders die nachfolgenden Motive:

Es wäre allzu herausfordernd gewesen, die Arbeitgeber event. zwangsweise zu organisieren und ihre Organisationen mit allerlei Vorrechten auszustatten, daneben jedoch die Gesellen ohne jedes Recht zur Mitbestimmung und zum Einspruch zu lassen.

So entschloß man sich denn 1897 zu einigen widerwilligen und schwachen Zugeländnissen. Vorher war die Behandlung bzw. Zulassung der Gesellen dem Gutdünken der Arbeitgeber überlassen; heute regelt deren Vethätigung der § 95 der G.-O.

Es ist gemäß keineswegs eine Ausgleichung gegenüber der Verärkung der Position der Herren dadurch geschaffen worden.

Trotz alledem haben die Gesellen an manchen Orten von ihren schmalen Rechten so geschickt und energisch Gebrauch gemacht, daß die schlimmsten Zünftler selbst hinter die Bestimmungen von 1897 wieder zurückgehen möchten.

In wieviel nun die Münchener Lohnkutscher-Znning ihren Verpflichtungen gemäß § 89 d. G.-O. nachgekommen ist, insbesondere aber ihren Verpflichtungen gemäß § 93, illustriert so recht die jüngste Verordnung der Kgl. Polizeidirektion vom 24. Januar 1903.

Schon beim Erlass ortspolizeilicher Vorschriften vom Oktober 1902 konnte man sehen, wie sehr die Znning auf ihrem Posten ist und welche „Geißel“ sie besetzt.

Bei den letzten Verordnungen aber ist es noch elastanter zum Ausdruck gekommen, als es sich darum handelte, die §§ 11, 12, 13 und 16 der Droschkenordnung neu zu formulieren.

Dobwohl der § 16 tief einschneidende Bestimmungen gegenüber den Gesellen enthält, hielt man es nicht für angebracht, bei den Verhandlungen mit der Polizeidirektion und den Gesellenausschüssen bezugnehmend zu hören. Der Gesellenausschuß ist eben nach der Meinung der Znningsspitze nur im Statut notwendig zur praktischen Arbeit, aber für die Herren höchst unangenehm, deshalb verachtet man auf dessen Rath und wirrlicht allein unter sich fort.

Die Fache haben dann, wie aus der letzten Verordnung ersichtlich, die Gesellen zu bezahlen.

Redner kritisiert noch scharf die Art und Weise, wie der Znningsvorstand Herr Kiendl vorzugehen beliebt. Das ganze Jahr hindurch wurde der Gesellenausschuß nicht berufen, wiewohl sehr wichtige Anträge und Beschlußfassungen vorlagen. Mit einem kräftigen Appell, seit man Verbanne zu halten, schloß Redner seine Ausführungen.

Nach einer kurzen, aber für die Znning unabweisbaren Diskussion wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

**Resolution:**

Die heute, den 6. Februar 1903, im Gabelberger Keller tagende gut besuchte Versammlung von Lohnkutscher-Gesellen nimmt mit größtem Interesse Kenntniss von den Ausführungen des Referenten.

Dieselbe verurteilt auf das Entschiedenste das Verhalten der Münchener Lohnkutscher-Znning, welche sich in den wichtigsten Fragen über den Gesellenausschuß hinwegsetzt, unter völliger Ignoranz der den Gesellen gesetzlich gewährtesten Rechte.

Sie ersucht weiter eine Kgl. Polizeidirektion, die von den Kutschern erhobene Gebühr von 3 Mt. für neue Fahrscheine zurückvergüten zu wollen, an alle Fälle aber um Entlastung jeder weiteren jährlichen Gebühr.

Eingehende Begründung ist der Kgl. Polizeidirektion in Vorlage zu bringen.

Zur weiteren Bethätigung dieser Forderung wird der Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter betraut.  
Mehrere der Umwesenden erklärten sofort ihren Beitritt zum Verband.

**Fensterputzer.**

**An die Leipziger Kollegen!** Die hiesigen Fensterputzer sind in der letzten Zeit ihrer Organisation gegenüber recht gleichgültig geworden. Die Versammlungen werden recht schwach besucht und es scheint, als ob die Lage der Fensterputzer gar keiner Verbesserung mehr bedürfte. Fast ist es so. Die Furcht vor den Unternehmern kann es doch nicht sein, die die Mehrzahl der Kollegen von regerer Thätigkeit abhält. Viele haben doch Zeit und Geld, fragwürdigen Klimbim-Vereinen anzugehören.

So kann es nicht weiter gehen, Kollegen. Ihr wollt doch noch unter die denkenden Arbeiter gerechnet sein, dann müßt ihr aber auch darnach handeln. Werft ab eure Gleichgültigkeit, stellt Euch Mann für Mann in die Reihen der Kämpfer um ein besseres, schöneres Dasein. Führt Eurem Verbands neue Mitglieder zu. Findet Euch jeden zweiten Abend im Monat pünktlich zu den Versammlungen ein, dieselben finden beim Kollegen Linfenbarth, Nonnenmühle, statt. Auf, Kollegen, thut eure Pflicht.

**Handelsarbeiter.**

**Ein Zeichen des herrschenden wirtschaftlichen Stands** ist nachstehendes Vernehmlichwerden eines armen Leutes, das infolgedessen Arbeitsnachweis dieser Tage zugegangen ist. Es lautet:

Guer Wohlgeboren!

Ich suche von sofort bessere Stellung als Portier, Hausmeister, Kassellan, Hausverwalter, Inspektor oder dergl.

Schöne, leichte Arbeit, bin feldergewandt, der Buchführung, Korrespondenz und allen Computararbeiten kundig, energische, repräsentable Persönlichkeit, im Besitze von nur allerbesten Zeugnissen; Frau ebenfalls tüchtig, penibel sauber und arbeitsam. Bin 39 Jahre alt, Sobad genesen, mit Zentralheizung, elektrischem Licht, Grundstücke, Verwalter, Inspektion, Hauswirtschaft u. s. w. bestens vertraut.

Wenn Sie eine derartige Stellung zu besetzen haben oder auch nur Nebenliches mir nachweisen können, so bitte ich recht sehr darum! Es muß die Position nur gut und von Dauer sein. Ich zahle Ihnen gern 50 eventl. auch 100 Mark für die Vermittlung einer solchen!

Hochachtungsvoll

Gust. v. Marby.

Die Intelligenz greift zum Strohalm, um nicht zu ertrinken und bietet sich zu Hausdienarbeiten an. Von allen Seiten drückt die Konkurrenz auf die Arbeitslöhne unserer Kollegen und noch immer will es ein großer Teil dieser nicht einsehen, wie dringend notwendig für alle der Zusammenschluß in einer guten Organisation ist!

**Mudofskad.** Der Kassier unserer hiesigen Verwaltungskasse, Kollege Rüger, war bis im Dezember v. J. im hiesigen Konsumverein als Markthelfer beschäftigt. In besagtem Konsumverein ist, obwohl derselbe von Arbeitern geleitet wird, die vollständige Sonntagsruhe eine noch unbekannte Sache. Wenn nun Rüger Sonntags um 11 Uhr Vormittags das Geschäft verließ, hieß es immer: Rüger reißt aus und besorgt Verbandsachen. Insbesondere konnte der Lagerhalter Triebe, der sonst genau in der Partei eine Rolle spielen möchte, die Verbands-thätigkeit Rügers' durchaus nicht leiden. Der Mann scheint ein so schlechtes Gewissen zu haben, daß er Grund hat, unsere Organisation zu fürchten.

Am 4. Dezember hatte Rüger einen Handwagen voll Brode vom Hauptgeschäft nach der Filiale zu fahren. Beim Einsteigen der Brode passierte dem Rüger das Besehen, daß 40 nur 38 Brode einzuladen. Als sich dies beim Abladen in der Filiale herausstellte, fuhr er trotz Schimpfens des Lagerhalters Triebe, nach dem Hauptgeschäft zurück, und dort ergab sich sofort, daß die Wäcker nur 38 Brode verabreicht hatten. Am nächsten Morgen fing Triebe von Neuem mit Rüger zu schimpfen an und lagte diesem, er hätte die Brode wohl **gefressen** oder unterwegs **verkauft**. Dabei nannte er Rüger einen **stinkfaulen Schwindler**. Wir sehen, der Triebe, der die Lämmschule absolviert zu haben scheint, kann von dem Gluck sagen, daß er kürzlich nicht Landtagsabgeordneter geworden ist; die bürgerlichen Ausbeuter seiner Kollegen im Landtage häuten ihm, dem Sozialdemokraten, erst betöringen müssen, wie man Arbeiter zu behandeln hat.

Nach diesem Rekonte warf Rüger die Schlüssel hin und ging nach Hause. In der begreiflichen Erregung über die ihm geordnete nette Behandlung, that Rüger auch die Aeußerung: „Bei dem kann ich nicht wieder arbeiten, sonst habe ich ihm noch die Knochen zusammen.“ Rüger war früh Morgens mit dem Wagen gestürzt, dazu kam noch die Aufregung; er fühlte sich krank und schickte seine Frau zum Geschäftsführer, um sich krank melden zu lassen. Ohne jede weitere Untersuchung wurde jetzt dem Rüger gekündigt und er konnte gehen, während der „seingebildete“ Lagerhalter Triebe sich einen neuen, nichtorganisirten Markthelfer annahm.

Wir bedauern wirklich, daß Rüger den Triebe ob des Spitzbuben nicht wegen Verleumdung verklagt hat. Es schadet durchaus nichts, wenn gerichtsnotorisch konstatiert würde, wie Leute ihre Mitarbeiter behandeln, die früher selbst froh waren, den Unternehmern spielen zu dürfen.

Von einer aus Arbeitern bestehenden Konsumvereinsverwaltung erwarten wir aber in erster Linie, daß sie ihren Lagerhalter anständiger Manieren beltringt.

**Mineralwasserarbeiter.**

**Ein Mahnruf an die Kollegen.** Unsere letzte Versammlung hat durchaus nicht den Bereichs erbracht, daß die Kollegen sich für die Verbesserung ihrer Lage interessieren. Der Besuch der Versammlung ist vielmehr ein Beleg dafür, wie unheimlich gleichgültig die große Mehrzahl der Kollegen den wichtigsten Berufsfragen gegenübersteht. Woher kommt das?

Weil die meisten Abgießer und Rütcher der Meinung sind, wenn sie 24 Mk. Lohn pro Woche verdienen, seien sie schon die glücklichsten Menschen. Kollegen! denkt Ihr denn garricht an das traurige Loos Eurer Familie, an das Loos, welches Eurer im Alter harret? Was habt Ihr, wenn sich nach jahrelanger Thätigkeit unsere Berufsfrankheit, das Rheuma, einstellt und Ihr nicht mehr arbeiten könnt. Ist es denn auch nur Einem möglich, von den 24 Mk. Wochenlohn soviel zurückzulassen, daß er dann nothdürftig leben kann? Gewiß nicht. Auch in unserem Berufe haben wir Kollegen, die 27 und 30 Mk. Wochenlohn erhalten, und warum? Weil sie treu und fest zu ihrer Organisation halten, die als treuer Schützer hinter ihnen steht.

Diese Kollegen haben eben begriffen, was man thun muß, um bessere Daseinsbedingungen zu erringen. Aber in Euren Wohnungen, Kollegen, da trifft man all jene Blätter niedrigerer Sorte, wie den „Folal-Anzeiger“ und die „Morgenpost“, die Euch nur die Köpfe verkleistern und aus denen Ihr nie lernen könnt, wie ein klaffenbewußter Arbeiter seine Lage verbessert. Ihr unterkühlt Eure Feinde mit Eurem Gelde und diese lachen Euch obenüber an.

Soll das so weiter gehen? Nein, Kollegen, es darf nicht so weiter gehen. Wenn die Saison in nicht ferner Zeit beginnt, müssen wir geschlossen und einig dastehen. Nur dann können wir mit Forderungen an die Unternehmer herantreten. Nur dann wird der Kampf ein kurzer und leichter sein, wenn wir alle der Organisation angehören.

Kollegen! kommt nicht mit der Ausrede, die Beiträge zum Verbands sind mir zu hoch oder der „Vorwärts“ ist mir zu theuer. Ich behaupte, das gerade Gegenteil ist in Wirklichkeit der Fall. Die Verbandsbeiträge sind im Vergleich mit den Vortheilen, die der Verband bietet, noch als sehr niedrig zu bezeichnen; dasselbe ist bezüglich der Presse der Fall. Wenn mancher Kollege seinen Verbrauch auf der Stelle, die des Morgens in Stonsdorf beginnt und Abends in Nordhausen endet, etwas, und zwar im Interesse seiner Gesundheit, einschränken würde, so könnte er das Geld für seine Gemerkschaft und seine Presse sehr gut abtöfen. Also, Kollegen, hinein in die Reihen der kämpfenden Brüder, hinein in den Verband, auf zum Kampf, zum Sieg.

N. Müller.

**Fahrlässige Körperverletzung in Folge Nichtanwendung der Unfallversicherungsvoorschriften für Mineralwasserfabriken.**

Urtheil des Königl. Landgerichts zu Schweidnitz vom 6. Dezember 1901 wider den Selterwasserfabrikanten und Drogisten W. zu L. Der Zeuge W. ist seit Mai 1901 in der Selterwasserfabrik des Angeklagten als Arbeitsbursche angestellt. Am 26. Juli 1901 waren W. und der Lehrling S. im Geschäft mit Abgießen von Selterwasser vom Füllapparat beschäftigt. Beide benutzten die vorgeschriebenen Schutzhelme und die Flaschen, dagegen hatten sie weder Schutzhelmen noch Ledermanschetten angelegt, obwohl der § 8 der Unfallversicherungsvoorschriften für Mineralwasserfabriken dies beim Abgießen von Selterwasser ausdrücklich vorschreibt. Der Angeklagte besaß diese Schutzhelme und bewahrte sie in seinem Kontor in einem offen stehenden Doppelstuhl auf; er hatte auch in seinem Fabrikraum die Unfallversicherungsvoorschriften angeschlagen. Dem Zeugen W. war in dessen das Vorhandensein der Schutzhelme unbekannt, der Angeklagte hatte ihn auch niemals zur Benutzung derselben aufgefordert und es insbesondere auch am 26. Juli 1901 nicht gerügt, daß W. S. ohne Schutzhelme und Ledermanschetten Selterwasser abgog, obwohl er dies beim Durchstreiten des Fabrikraumes sah. Als sich der Angeklagte am genannten Tage wieder aus dem Fabrikraum entfernt hatte, zerbrach dem W. plötzlich eine Flasche und ein Glassplitter drang ihm ins rechte Auge. W. hat in Folge dieses Unfalls auf dem rechten Auge die Sehkraft fast vollständig eingebüßt.

Für diesen Unfall ist der Angeklagte verantwortlich. Als Prinzipal mußte er dafür sorgen und darauf achten, daß seine Angestellten nicht ohne die vorgeschriebenen Schutzmaßregeln arbeiteten, und zwar war er hierzu mit Rücksicht auf die mit der Selterwasserfabrikation nothwendig verbundenen Gefahren vermöge seines Gewerbes besonders verpflichtet. Dieser Verpflichtung hat der Angeklagte nicht entsprochen. Er hat allerdings die Unfallversicherungsvoorschriften in seinem Fabrikraum anhängen lassen und die nöthigen Schutzhelme für seine Angestellten besessen, auf eine Befolgung der Unfallversicherungsvoorschriften hat er aber nicht ernstlich gedrungen, denn der verlegte W. hat, obwohl er bereits seit dem Mai 1901 bei dem Angeklagten in Stellung war, nicht einmal von dem Vorhandensein von Schutzhelmen und Ledermanschetten Kenntniß gehabt, diese Schutzhelme beim Abgießen von Selterwasser also niemals benutzt. Insbesondere hat aber der Angeklagte am Tage des Unfalls bei der Beaufsichtigung des W. grob fahrlässig gehandelt und dadurch die Verletzung des W. verursacht.

Der Angeklagte bemerkte, daß W. ohne Schutzhelme Selterwasser abgog und konnte bei gewöhnlicher Umsicht voraussehen, daß dem W., wenn er ihn nicht zum Anlegen einer Schutzhelme anhielt, beim Zerplagen einer Flasche möglicherweise ein Glassplitter in ein Auge dringen und eine erhebliche Verletzung herbeiführen konnte; trotzdem rügte der Angeklagte weder die Nichtbefolgung der Unfallversicherungsvoorschriften, noch forderte er den W. zur Anlegung einer Schutzhelme auf. Durch diese Verabwägung seiner Pflicht hat der Angeklagte mittelbar die Körperverletzung herbeigeführt, denn wenn W. von ihm zur Anlegung einer Schutzhelme veranlaßt worden wäre, hätte der Glassplitter nicht in das Auge dringen können.

Unter diesen Umständen hat das Gericht für thatsächlich festgestellt erachtet, daß der Angeklagte am 26. Juli 1901 in L. durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung des Arbeitsburschen Gustav W. aus L. verursacht hat, und zwar, während er zu der Aufmerksamkeits, die er aus den Augen setzte, vermöge seines Gewerbes besonders verpflichtet war. Somit war der Angeklagte gemäß § 230 des Str.-G.-B. zu bestrafen. Unter den berechneten Umständen erglief eine Geldstrafe von 100 Mk. als angemessene Sühne.

**Straßenbahner.**

**Bei der Hoch- und Untergrundbahn** geht es recht mistfährig zu. Die Arbeiter müssen antreten, als wären sie Rekruten aus irgend einem Kriegenhof Ostindiens. Die Schicht dauert für die Arbeiter der Bahnhofserei von 12-12 Uhr und für die Stunde giebt es den Rechenlohn von 30 deutschen Reichspfennigen. Eines Tages feug der Wige-Bahnmeister, ein technisch gebildeter Mann, der pro Stunde mit 32 Pf. entlohnt wird, die Leute, ob sie nicht 2 Stunden länger arbeiten wollten. Als die Arbeiter dies verneinten und sagten, sie hätten Hunger, es sei nun doch Zeit etwas zu genießen, meinte genannter Herr: „Ihr ward doch alle beim Militär und habt dort doch öfter ein oder zwei Stunden länger hungern müssen.“ Nun kam Bahnhofsmeister Edel, ein ehemaliger Unteroffizier, und ließ die Arbeiter, 30 Mann stark, antreten. Diejenigen, die weiter arbeiten wollten, sollten austreten. 19 Mann traten aus, 11 Mann blieben stehen. Darauf erklärte Herr Edel im Hochgefühl seiner Machtvollkommenheit, diese 11 können sich Buch und Karte geben lassen, sie seien entlassen. Der schweidige Mann wollte zeigen, daß er der Herr im Dampfe ist. Auf solche Deedthaten braucht sich aber der Herr Edel wirklich nicht allzuviel einzubilden.

Der Verwaltung des Betriebes möchten wir mal in ihren Interesse raten, sich um die Thätigkeit des Herrn Edel besser zu kümmern, damit dieser Herr sein Geld nicht ganz umsonst verdient. Das Antreiben allein thut's nicht.

**Görlich.** Eine Straßenbahnerversammlung, zu der die Angestellten seitens der Betriebsverwaltung kommandirt waren, fand hier kürzlich statt. Kollege Zimmer-Breslau referirte. Nach Schilderung der Straßenbahnerbewegung im Allgemeinen ging Redner auf die örtlichen Verhältnisse ein. In Görlich müssen die Führer auch das Geld der Fahrgäste kontrolliren und wechseln. Sie sind Mädchen für Alles. In Straßenbahnbetriebe wird während der Freizeit nicht einmal Lehrgeld gezahlt, während jeder Schuiter doch wenigstens Roth und Logis giebt. Dabei wollen sich die Straßenbahner für Gott, König und Vaterland als „Beamte“ fühlen! Wie steht aber in der Bibel: Sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten ruhen. Das heißt, daß ein Arbeiter in der Woche nöthig ist auch nach christlicher Art. In keinem Beruf ist der Spitzgebiest und die Speicheldrüse schlummer, als in dem der Straßenbahner. Die Angestellten sind oft der Militär der Beamten ausgeliefert. Es kommt vor, daß den Straßenbahner oft der halbe Lohn als Strafe einbehalten wird. Hier kennen Sie ja das Verhalten des Inspektors Hohensee. Hier in Görlich ist es vorgekommen, daß wegen 5 Pfennigen ein Mann in den Tod ging. (Leb, Pfui!) Ein gleicher Fall ist in Frankfurt a. O. passiert. Mit Selbstmorden werden die Arbeiterüberhälften aber nicht gebessert. Es ist Sache des Publikums, einzugreifen, denn die Straßenbahn ist wegen des Publikums da und nicht umgekehrt. Hier sind nur zwei Beamte, der Inspektor und der Buchhalter. Hier giebt es also keine Beschwerdefanz. Wegen die Verhältnisse im Straßenbahngewerbe giebt es nur ein Mittel: starke Organisation, getragen von der Einigkeit aller Angestellten und aller organisirten Arbeiter. Redner schildert eingehend die Straßenbahnerkreise in Berlin, Aachen, Hannover und Stuttgart. In Stuttgart wurde der Gesellschaft Militär verweigert zur Anstellung. So weit gingen die Sympathien für die Straßenbahner. Nur wegen der vielen Streikbrecher ging der dortige Streik verloren, nachdem das Amtsgericht dem Antrag der Stadt auf Uebernahme der Konfession nicht stattgegeben hatte. Nun zu den hiesigen Verhältnissen. Es freut mich, daß die Verwaltung telephonisch für ihre Leute in diesem Saale Tische referiren ließ und unter Führung ihres Herrn Stammann alle dienstfreien Leute hierher geleitet wurden. Sonst wären sicher nur die beherzten Leute hierher gekommen. In Görlich dürfen auch die Lehrlinge wie überall ohne Bezahlung ihre Freizeit abstoiviren. Der Dienst beginnt hier für die Führer früh 6 1/2 Uhr. Die Leute wohnen noch weiter weg. Wer zu spät kommt, wird angeschrien. Görlicher Bürger haben sich über das Geschrei des Inspektors Hohensee schon beschwert. Der Dienst dauert bis Abends, also mit den Einschränkungen, 16 Stunden. Für diese Zeit wird 60-70 Pf. Gehalt monatlich gezahlt. Einem Führer wurden in 14 Tagen 17,85 Pf. Gehalt abgezogen; bei diesem Gehalt! Herr Hohensee mußte vom Stachel einmal Knigge's 15 Pf. einen Mann entlohnt für 15tündig tägliche Dienstzeit, und davon eine Familie ernährt werden soll. So ist das Verleihen zum Diebstahl. Was mit den vielen Strafen geschieht, weiß hier kein Mensch. Sind diese Strafen, wie das Gesetz vorschreibt, im Interesse der Angestellten verwendet worden? Oder sind, wie anderwärts, Qualifikationen für bessere Arbeiter davon gezahlt worden? Wie ist es mit den gefundenen Gegenständen? Den Angestellten steht kein Finberlohn, wie es das Gesetz vorschreibt, zu. In einem Falle hat Herr Stammann drei gefundene Wädinge selber aufgeessen. Wären die Wädinge nicht dem wirklichen Finder dienstlich gewesen? Hier wird doch jedenfalls auch Kleibergebe abgezogen! Die Wäze sind aber auch hier kleinen Leuten oft zu klein und die Vermel zu eng. Auch in einen ungedeckten Kanal ist hier ein Angestellter gefallen und hat sich einen Schädelbruch zugezogen. Besonders beschäftigt uns hier ein Fall: Die Entlassung des Angestellten Kinder, der das schwere Verbrechen begangen haben soll, ein Aufwiegler zu sein. Kinder soll Adressen von Kollegen zur

Ueberfendung des Fachorgans angegeben haben. Das kann aber kein Mensch bewirken. Auf Anfrage wurde Kinler gesagt, daß er ein Käufer und Aufwiegler sei. Den Käufer hätte man noch hingen lassen, aber nicht den Aufwiegler. Erkennt denn die Straßenbahngesellschaft die Koalitionsfreiheit der Angestellten nicht an? Es muß einmal an die Direktion gegangen werden, um einen Strafentwurf, wie er bei Arbeitsordnungen üblich ist, aufzustellen. Bei der Straßenbahn darf in Fragen der Arbeit Niemand eine eigene Meinung haben. Es ist deshalb Sache der Göttinger Gesamtarbeiterschaft, hier zu helfen. Sie muß auflären wirken, damit ein elektrischer Strahl die Angestellten erleuchtet. Den Vorgesetzten der Straßenbahner müßten freilich ganze Bogenslampen eingeschaltet werden, damit sich in ihren Köpfen etwas sozialpolitisches Verständnis für die Lage ihrer Angestellten bemerkbar macht. (Wachstter, anhaltender Beifall.)

Der Buchhalter Stamman vertheidigte hierauf sich und das Verhalten der Betriebsverwaltung, seine Ausführungen fanden aber nicht viel Anklang in der Versammlung. Dem Genossen Furtich war es daher recht leicht, die Ausführungen dieses Herrn Punkt für Punkt zu widerlegen. Kollege Zimmer ging ebenfalls in seinem Schlusswort noch auf die Ausführungen des Herrn Stamman ein, diesen seinen eigenen Spiegel vorhaltend. Er schloß: Die hiesige organisierte Arbeiterschaft wird der Straßenbahn zu zeigen wissen, wie diese ihre Angestellten zu behandeln hat.

**Transportarbeiter.**

**Bayerische Südbahnen.** Unter dieser Schildmarke gehalten wir in Nr. 2 d. Bl. an tellender Stelle das Verhalten der Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen in Sachen des Schlußes der Güterbahnhöfe. Wir konnten dabei ein vom 2. Januar 1903 datiertes Schriftstück genannter Direktion zitieren, worin sie es ausdrücklich ablehnt, eine Regelung des Bahnschlusses herbeizuführen. Am 18. Januar erschien nun unsere bekannte Kritik, und siehe da, bereits am 20. Januar schreibt der „Rührer Zentral-Anzeiger“:

Die fgl. Eisenbahn-Generaldirektion Nürnberg überreicht uns folgende Zuschrift: Die bisher bei den Güterstationen Nürnberg J.-B. und Fürtich bestehende Uebung, auch nach 6 Uhr Abends noch alle jene Gütergutendungen anzunehmen, die bis dahin an den Güterhallen angefahren worden sind, hat allmählich zu vielfachen Unzuverlässigkeiten geführt. Damit nun in dieser Richtung Wandel geschaffen wird, wurde von der Eisenbahnverwaltung Anordnung dahin erlassen, daß ab 2. Februar 1903 die Güterannahme um 6 Uhr Abends geschlossen wird und nach dieser Tagesstunde nur noch jene Güter angenommen werden, die sich auf Fuhrwerten befinden, mit deren Entladung schon vor 6 Uhr begonnen wurde. Die Annahme aller andern vor den Güterhallen bereits angefahrenen Gütergüter hat erst am nächsten Vormittag zu erfolgen. Zu beachten ist, daß an Sonn- und Feiertagen Frachtaufendungen weder angenommen, noch abgegeben werden. In die Güterhallen oder auf die Ballkampen dürfen noch nicht ordnungsmäßig aufgelieferte Gütergutendungen keinesfalls verbracht werden. Es dürfte im Interesse des Verkehrspublikums, besonders der Speditionsgeschäfte gelegen sein, sich jetzt schon mit der am 2. Februar 1903 in Kraft tretenden Neuerung vertraut zu machen und Maßnahmen in's Auge zu fassen, welche die geordnete Durchführung der Verenderungen ohne Störungen im Annahmefachgeschäft gewährleisten. — Nach Mittheilungen auswärtiger Blätter will diese sonderbare Neuerung die Generaldirektion nicht bloß in Nürnberg und Fürtich, sondern auf allen Stationen mit starkem Güterverkehr einführen. Die Bahnverwaltung will diese Neuerung deshalb durchführen, weil die meisten Fuhrwerte erst kurz vor 6 Uhr anfahren und es dann eine große Menge mit der Annahme, Verladung und Rartierung gibt. Güter, die nach 6 Uhr nicht mehr angenommen wurden, dürfen zwar mit dem Fuhrwert im Bahnhof bis zum andern Morgen bleiben, doch geschieht dies auf Last und Gefahr der Eigenthümer. Auf kleineren Stationen am Lande will die Generaldirektion auch fernershin gestatten, daß Güter noch nach 6 Uhr angenommen werden. Die neue, auch die hiesige Geschäftswelt sehr einschneidend treffende Verfügung wird wohl großem Protest begegnen. Schon einmal war im hiesigen Güterbahnhof eine gleiche Verfügung getroffen gewesen, von den oberen Behörden aber auf erbitterte Vorstellungen aufgehoben worden, diesmal wird gegen die Neuerung schwer aufzutommen sein, nachdem eine generelle Anordnung der Generaldirektion vorliegt.

Die verheerliche Generaldirektion brauchte also nur sehr kurze Zeit, um sich über die Sache anders zu befinden. Wir dürfen dabei doch wohl mit Recht behaupten, daß die von uns dargelegten Gründe für den 6 Uhr-Bahnschluß der Generaldirektion doch nicht ganz gleichgültig gewesen sein mögen. Es freut uns, daß unsere Gründe für den 6 Uhr-Bahnschluß Anerkennung gefunden haben und wir stehen nicht an, unsere Zufriedenheit mit der nunmehr erfolgten Regelung auszusprechen. Wenn die Unternehmer Protest gegen diese äußerst profittlose und vortheilhafteste Regelung des 6 Uhr-Bahnschlusses erheben sollten, so werden die Handels- und Transportarbeiter sicherlich nicht verfehlen, in impotanten Versammlungen ihr Veto gegen die Mache der Unternehmer einzulegen. Wir wünschen nur noch, daß zu ringende Uebelstände immer so schnell abgeffelt werden mögen und daß man auch in Zukunft die Forderungen, welche in der Arbeiterpresse erhoben werden, nicht ganz unberücksichtigt läßt.

**Gatmannsdorf.** (Unternehmerrache.) Als am Sonntag nach den Feiertagen der Geschäftsführer Sch. das Arbeitsverhältnis bei der Firma Schredel & Kuschbach lösen wollte — Kündigung gleichs beliderst nicht — wurde ihm von Herrn Kuschbach der ricktländige Lohn mit der Bedingung zurückbehalten, erst das als Weisnachtsgefecht verabreichte Kistchen Zigaretten wieder zurückzugeben. Der Geschäftsführer Sch. ging, anständig wie die Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl, ohne ein Wort zu Hause, holte das Kistchen mit Inhalt und über-

gab es Herrn Kuschbach wieder. Sch. ist sieben Jahre bei der Firma beschäftigt gewesen und als ein williger und arbeitsamer Arbeiter bekannt. Wer ist nun der Blamorene, der Arbeiter oder der Arbeitgeber?

Rechtlich war der Kollege durchaus nicht verpflichtet, das Weisnachtsgefecht herauszugeben und bei einer eventuellen Klage wäre der „noble“ Arbeitgeber etlich reingefallen.

**Leipzig.** Unsere Organisation ist bekanntlich immer bestrebt, eine Besserung der Arbeitsverhältnisse im Beruf herbeizuführen, in erster Linie die herrschende unmenschlich lange Arbeitszeit der Kollegen einzuschränken. Ein Mittel hierzu ist die Frühherlegung des Bahns- und Postschlusses. Aus diesem Grunde wandte sich die hiesige Verbandsleitung auch an die Generaldirektion der sächsischen und preussischen Eisenbahnen zu Dresden und Halle unter Darlegung der maßgebenden Gründe um einen früheren Bahnschluß erlangend. Daraufhin haben wir nachfolgende Antwort erhalten:

Königl. Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen.

**1. Abtheilung**

Dresden, d. 17. Januar 03.  
„Auf die an unsere Betriebsdirektionen zu Leipzig und an die Königl. Preussische Eisenbahndirektion Halle gerichteten Eingaben vom 28. Oktober v. J. theilen wir zugleich im Namen der Königl. Eisenbahndirektion Halle ergebend mit, daß wegen der erbetenen Frühherlegung des Lufens- und Schalterchlusses auf den Güterabfertigungsstellen in Leipzig erneut eingehende Erhebungen vorgenommen worden sind.“

Nach den Ergebnissen dieser Erhebungen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ein zeitigeres Schließen der Güterabfertigungsstellen einen Bruch mit langjährigen, völlig eingelebten Einrichtungen und Gewohnheiten der Handels- und Fabrikbetriebe bedeuten würde, der nicht nur die Interessen des Leipziger Handels, insbesondere des Buchhandels, sondern auch die der Eisenbahnverwaltungen schädigen müßte.

Unter diesen Umständen sind die Eisenbahnverwaltungen, so wohlwollend sie auch den Bestrebungen der bei den Speditionsbetrieben beschäftigten Arbeiter auf Verkürzung ihrer Arbeitszeit gegenüberstehen, ihrerseits nicht in der Lage, durch Frühherlegung des Lufens- und Schalterchlusses auf den Geschäftsbetrieb der Leipziger Spediture einen Einfluß zu nehmen.

Ihren Anträge kann daher nicht entsprochen werden.

Sie werden ergebnislos ersucht, die an der Eingabe Theilnehmenden hierin in Kenntniß zu setzen.

**K r e d i t b a n k.**

Offen gesagt, hegen wir von vornherein keine Hoffnung, daß die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen unserem Gesuche willfahren würde, da in Sachen alles Andere, nur nicht Sozialreform Mode ist. Daß die sächsischen Bahnen selber selbst auf wesentliche Verbesserungen in finanzieller Hinsicht sonst als auch bezüglich der besseren Abwicklung des Verkehrs verzichten, damit nur bestimmte Unternehmungskreise ihrer Bummel weiter fröhnen können, war uns von vornherein klar. Wir werden uns daher über den Entschluß der sächsischen Generaldirektion nicht besonders aufregen, dies umso weniger, als wir nicht glauben annehmen zu dürfen, daß die sächsische Generaldirektion Vernehmungsgründen etwa ebenso zugänglich wäre, wie beispielsweise die Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen.

Andererseits die preussische Eisenbahndirektion Halle. Ist uns schon unbegreiflich, wie diese Direktion die sächsische Generaldirektion mit der Verantwortung unseres Gesuches beauftragen kann, so noch mehr ihre Stellungnahme überhaugt.

Wir werden uns nunmehr über das Verhalten der Halle'schen Direktion beim preussischen Eisenbahnminister äußern, der in der Frage bekanntlich die genau entgegengesetzte Stellung wie die Direktion einnimmt, beschweren und dann sehen, ob die Halle'sche Direktion schon ganz unter der Vormundschaft und der Vormundschaft der Dresdener Herren steht.

Die Transportarbeiter Leipzigs werden sich gegen sozialpolitische Rücksichtler zu wehren wissen, indem sie sich in großen Massen der Organisation, die ihre Interessen auch in dieser Frage energisch vertritt, anschließen.

**Zwickau i. S.** Zum Kapitel der Sonntagruhe! Zwickau gehört zu denjenigen Orten des protestantischen Sachsen, die in Bezug auf kirchlichen Pomp an katholische Gegenden erinnern. Man findet hier Kirchen und Bauten, die wahre Wunder der Baukunst sind. Im grellsten Gegensatz zu diesem äußeren Schein steht aber die Gesinnung vieler hiesiger Unternehmer, ihre Arbeiter am Sonntag „Kassieren“ zu lassen. Die Unternehmer haben Vorzüge getroffen, daß unsere Kollegen sich nicht mal solche Bauten von Innen ansehen können. Es könnte das auch gefährlich werden. Wie bald könnte der Herr Pastor nicht von der Kanzel rufen: „Seht, Zwickau! Zwickau gehört zu denjenigen Orten des protestantischen Sachsen, die in Bezug auf kirchlichen Pomp an katholische Gegenden erinnern. Man findet hier Kirchen und Bauten, die wahre Wunder der Baukunst sind. Im grellsten Gegensatz zu diesem äußeren Schein steht aber die Gesinnung vieler hiesiger Unternehmer, ihre Arbeiter am Sonntag „Kassieren“ zu lassen. Die Unternehmer haben Vorzüge getroffen, daß unsere Kollegen sich nicht mal solche Bauten von Innen ansehen können. Es könnte das auch gefährlich werden. Wie bald könnte der Herr Pastor nicht von der Kanzel rufen: „Seht, Zwickau! Zwickau gehört zu denjenigen Orten des protestantischen Sachsen, die in Bezug auf kirchlichen Pomp an katholische Gegenden erinnern. Man findet hier Kirchen und Bauten, die wahre Wunder der Baukunst sind. Im grellsten Gegensatz zu diesem äußeren Schein steht aber die Gesinnung vieler hiesiger Unternehmer, ihre Arbeiter am Sonntag „Kassieren“ zu lassen. Die Unternehmer haben Vorzüge getroffen, daß unsere Kollegen sich nicht mal solche Bauten von Innen ansehen können.“

Am Sonntag, den 28. Dezember 1902, wurden die Arbeiter der Speditionsfirma Cw. Rüdiger Nachf. durch den Schirmmeister Landrock aufgefordert, 1 Fuhrer Garschön auf eine Lomry zu verladen. Der Herr Schirmmeister, der offenbar vergessen hat, was er früher einmal war, wollte hierzu Erlaubniß vom Bodenmeister haben. Der Inhaber der Firma, Herr Wagle, soll angeblich gesagt haben: „Das ist doch heute nicht nötig.“ Trotzdem hat der Herr Schirmmeister die Arbeit fertig machen lassen, eine Arbeit, die ohne starkes Geräusch nicht zu machen ist. Wir fragen: Welches Interesse hat denn der

Herr Schirmmeister daran, am Sonntag das Personal arbeiten zu lassen, wo es schließlich der Unternehmer selbst nicht für nötig hält? Ferner: Hat denn ein Bodenmeister der Staatsbahn das Recht, eine Erlaubniß für Sonntagsarbeit zu geben? Unserer Meinung nach ist das doch Sache der Polizei. Dann: Hat denn die Zwickauer Polizei wirklich das Geräuß am Sonntag nicht gehört, damit sie sich mal den Erlaubnißschein konnte zeigen lassen? Um Antwort wird gebeten.

Ein anderer Fall, der nur noch trauriger durch seine Folgen den ersten übertrifft, trug sich am 11. Januar zu. Die Firma Friedrich Mansfeld beschäftigte ihre Arbeiter diesen Sonntag mit dem Transport eines Geldschrankes. Es ist das vielleicht gesehen, um die Heiligkeit des Geldsackes zu bezeugen. Ein anderer Arbeiter, der dabei nicht beteiligt war, erhielt den Auftrag, ein Faß Schnaps nach Oberhondorf zu fahren. Wegen zu weit vorgeschrittener Zeit melgte sich der Kollege die Arbeit noch zu machen, worauf er entlassen wurde. Als er nun 14 Tage Lohn verlangte, hieß es dann, „es ist Ihnen hiermit gekündigt.“ Zu verwundern ist diese zwei Seelen-Theorie unserer Unternehmer nicht. Ist es doch schon längst bekannt, daß ein großer Theil nur so lange christliche Moral predigt, als es ihnen nichts kostet. Die Arbeiter sollten aber daraus ersehen, daß sie sich nur auf sich selbst verlassen können, wenn mit diesen Mißständen aufgeräumt werden soll. Darum ersuche ich über- all in Kollegentreffen die Lösung: „Sinein in die Organisation!“

**Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.**

**Altona.** Mitgliederversammlung. Kollege Karlberg hebt in einem Rückblick die Fortschritte hervor, die die Verwaltungsstelle im vorigen Jahre gemacht hat. Die Zahl der Mitglieder ist auf über 500 gestiegen, dennoch stehen uns Hunderte von Kollegen noch fern. Diese müssen herangeholt werden.

Zunächst wurde Kollege Karlberg als Distriktsführer und der Kollege Barge als Stellvertreter desselben gewählt. Als Schriftführer fungirt wie bisher der Kollege Barge. Als Vorstandsmitglieder werden Karlberg und Barge und als Revisoren die Kollegen Keger und Rathmann gewählt. Zu das Gesellschaftsstatut wurden delegirt die Kollegen Karlberg, Drees, Frey und Barge. Als Thürkontrollenre fungiren für dieses Jahr die Kollegen Bandow, Lau, Sube, Christmann, Wordinger und Delfenthal. Der Kassirer Driess fungirt wieder als Kassirer für den Außenbezirk Bahrenfeld. Nicht weniger als 25 Mann wurden ins Festkommis gehöh und als Obmann desselben fungirt Kollege Frey Frey. Nachdem noch eine Reihe neuer Bezirksführer an Stelle der ausgeschiedenen ernannt worden, waren die Wahlen beendet. Kollege Rathmann berichtet von der Sitzung der Distriktsleitungen mit der Ortsverwaltung am Sonntag, den 4. Januar, bei Dührbon, Hamburg. In dieser Sitzung wurde folgender Beschluß gefaßt: Die vorhandenen Extrafonds werden auf den Namen des Verbandes bei der Produktion eintragend angelegt und können nur mit Zustimmung des jeweiligen Vorsitzenden der Verwaltungsstelle Hamburg-Altona-Wandsbeck behoben werden. Rathmann machte den Vorschlag, die jeweilige Distriktsleitung des Distrikts X, anlaß des Vorhandens, hat das Bestimmungsrecht über unseren Vermögensfonds, wurde angenommen und soll dem Vorstande in der nächsten Sitzung unterbreitet werden. Die Abrechnung vom Stiftungsfeste ergab ein Defizit von 18,50 Mk. Dem Obmann wurde Decharge erteilt. Unter Verschönerung wurden noch die Vorkommis bei der Firma Rathmann, Kollshufwiesen, Gr. Freiheit, ernannt. In Folge der letzten großen Agitation, die von Seiten unseres Verbandes in Scene gesetzt worden war, wollten auch die Ruffcher der Firma Rathmann zu einer Sitzung in der Nähe ihres Betriebes zusammenkommen und darüber berathen, ob sie sich unserem Verbands anschließen wollten. Die Sache wurde aber dem „Herrn Prinzipal“ hinterbracht und die Zusammenkunft wurde vereitelt. Die Ehre, den Hinterdring hierbei zu spielen, nahm der sogenannte erste Ruffcher für sich in Anspruch. Öffentlich wird diesem Vorkommis plausibel gemacht, wie er sich seinen Arbeitskollegen gegenüber zu verhalten hat.

**Danzig-Mitgliederversammlung.** Generalversammlung am 20. Januar. Die Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben folgendes Resultat: Kollege Siemers 1. Raue 2. Bevollmächtigter, Ollens Kassirer, Onken 1. Mutter 2. Schriftführer, Homald und Winkelfaß Revisoren, Kartelldelegirte Homald und Siemers. Nach einer Besprechung über die stattgehabte Lohnbewegung wurde der Wunsch ausgedrückt, demnächst eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Dieses wurde der Ortsverwaltung überlassen. Nach Aufforderung zu reger Agitation für den Verband trat Schluß der Versammlung ein.

**Bremerhaven.** Generalversammlung. Das Andenken der verstorbenen Frau unseres Kollegen Schwannemann wurde in üblicher Weise geehrt. Sodann folgte die Kollege Hahlbeck zum 1. Punkt der Tagesordnung (Jahresbericht) die Gründung des Verbandes und das gute Gedeihen in der kurzen Spanne Zeit von 1/4 Jahren, er dankte den Kollegen für die tüchtige Mitarbeit, dieselben am Schluß auffordernd, auch fernershin so zu arbeiten, daß bei dem kommenden Jahresbericht sich die Zahl der Mitglieder im selben Maße vergrößert hätte, wie im verfloffenen. Den „Kassenbericht“ erstattete Kollege Steinhäus in detaillirter Weise. Aus demselben sei nur ein Punkt hervorgehoben: Ende Dezember 1902 hatten sich 684 Kollegen dem Verbands angeschlossen. Punkt 2 der Tagesordnung, Remuneration der Ortsverwaltung, wurde in entsprechender Weise erledigt. In die Ortsverwaltung für das laufende Geschäftsjahr (3. Punkt) wurden wiedergewählt: Kollege Hahlbeck als Bevollmächtigter, Kollege Steinhäus als Kassirer und Kollege Schröder als Schriftführer, außerdem 4 Kollegen als Beisitzer, sowie ein Kollege als Bahnspeiditionsarbeiter in Westermünde als dortiger Vertrauensmann. Zum 4. Punkte der Tagesordnung, „Kartell-Jahresbericht“,

erwähnt der Delegierte Kollege Schröder, daß sich der Bericht für heute wohl erübrige, da ein gedruckter Jahresbericht vom Gewerkschaftsrat demnächst herausgegeben und den Kollegen übermittelt werden würde. Diefem Vorschlage stimmen die Versammelten bei. Zum 5. Punkt, "Anträge zur Verbands-Generalversammlung in Hamburg", brachte Kollege Lüth folgenden Antrag ein: „Den § 5 Abs. 4 und 5 entweder zu streichen oder die Einführung der obligatorischen Unterküffungsstufe für den gesamten Verband zur Einführung zu bringen.“ Der Antrag wurde von der Versammlung mit übergroßer Majorität angenommen. Der nächste Punkt, "Arbeitssekretariat", rief eine lebhaft Diskussion hervor, aus welcher als Endresultat nachstehende Resolution hervor ging und auch angenommen wurde:

„Die am 11. Januar 1903 im „Hollstein“ stattfindende Generalversammlung der Verwaltungsstelle Bremerhaven des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter ist mit den Vorschlägen des Kartells einverstanden, erucht aber, die Urabstimmung erst im März vorzunehmen und mit der Einziehung der Beiträge nach eventueller Annahme am 1. Juli d. J. zu beginnen.“

Unter Punkt "Verchiedenes" fanden einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung, so daß der Vorstehende die gut besuchte Versammlung erst in später Nachtstunde schließen konnte.

**Bremen.** Am Sonntag, den 23. Januar cr., fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses die gut besuchte Generalversammlung der heiligen Jahrestelle statt.

Der Geschäftsbericht erläuterte für das verlossene Quartal, sowie für das ganze Geschäftsjahr, der Bevollmächtigte Koll. Hermann Zimmer.

Derselbe betonte, daß die wirtschaftliche Krise, unter welcher andere Verufe schon seit längerer Zeit litten, im Laufe des letzten Vierteljahres mit voller Schärfe sich auch bei uns fühlbar machte.

Die Arbeitslosigkeit war noch nie so groß als jetzt. Infolgedessen ist auch der Wosten für Arbeitslosen-Unterstützung erheblich gestiegen.

Von Lohnbewegungen hatten wir 3 zu verzeichnen, welche sämtlich zu Gunsten der Arbeiter ausfielen. Das dies Abwehrstreiks waren und sich flets auch Streikbrecher in großer Zahl fanden, so ist es nur mit Freuden zu begrüßen, daß kein Streik verloren ging.

Auf den inneren Ausbau der Jahrestelle wurde besondere Sorgfalt aufgewandt, und wenn auch durch die Durchführung der Sektionsbildung die Resultate noch nicht so günstig sind, als ursprünglich erwartet wurde, so hoffen wir doch bestimmt auf eine größere Stabilität im Mitgliederbestande.

Arbeitslos meldeten sich im verlossenen Quartal 137 Kollegen.

Freie Stellen wurden 109 gemeldet, davon 87 besetzt. Der durchschnittliche Lohn ist gegen das Vorjahr um etwa 1 Mk. pro Woche gefallen.

Den Kassenbericht erläuterte Koll. Nibel. Derselbe gestaltete sich wie folgt:

Kassenbestand am 1. 1. 02	1142,48 Mk.
Gesamt-Einnahme	9770,43 "
Gesamt-Ausgabe	9104,93 "
Nettolicher Kassenbestand	666,40 "

Eingelne Ausgabenposten:

	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Sa.
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1. Arbeitslosen-Unterstützung	174,20	192,40	87,—	331,70	785,30
2. Gemischtg.	—	—	—	—	205,—
3. Arbeitslosig.	181,—	84,—	—	—	265,—
4. Arbeitslosig.	50,80	46,20	94,75	89,04	220,79
5. Streckuntf.	19,90	—	—	34,40	54,30
6. Extrantf.	—	19,—	—	25,—	44,—
7. Delegat.	—	153,95	—	—	153,95
8. Bureauz.	—	—	65,—	50,—	115,—
	425,90	495,55	186,75	530,14	1638,34

b) Dertliche Ausgaben.

	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Sa.
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1. Sterbeuntf.	192,—	202,—	210,—	90,—	694,—
2. Bek.-Untf.	111,—	111,—	153,—	152,50	527,50
3. Bek.-Untf.	29,—	85,—	16,—	67,—	147,—
4. Dertl. Extrantf.	20,—	16,—	—	11,—	47,—
5. Agitation	101,55	59,20	19,95	29,15	209,85
6. Bücher und Zeitschriften	60,78	9,68	92,20	56,88	159,94
7. Kartell und Sekretariat	25,—	25,—	25,—	30,—	105,—
8. Gemeindet.	2,—	1,—	—	2,—	5,—
9. Porto	15,36	29,10	15,15	15,44	60,05
10. Bureau und Telefon	—	—	—	—	—
11. Bek.-Untf.	105,50	86,65	103,75	93,45	389,35
12. H. d. Hauptkass.	430,60	459,50	325,—	297,80	1512,90
13. Diverse	1074,—	1168,—	1363,37	1268,87	4874,24
					1874,—
					Summa 9104,03

Der Mitgliederstand betrug am 1. 1. 02 1061  
am 31. 12. 02 1066

Den Bericht des Bibliothekars erstattete Koll. Rentwig. Derselbe bemerkte, daß sich das Lesebedürfnis seitens unserer Mitgliedschaft recht gut entwickelt habe.

Es seien eine große Anzahl neuer Bücher und Zeitschriften eingekauft und zähle die Bibliothek jetzt etwa 250 Bände.

Wünschen möchte er nur, daß die geliehenen Bücher pünktlicher als bisher zurückgebracht werden möchten.

Namens der Revisoren erklärte Kollege Neugebauer, daß die erfolgte Revision zu Beanstandungen keine Veranlassung gegeben habe, und beantragte Dechargeerteilung für die Ortsverwaltung, — das geschah auch einstimmig.

Nach einer unwesentlichen Diskussion wurde zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten.

Als Bevollmächtigte wurde Koll. Zimmer wieder, und als dessen Stellvertreter Gogsch neugewählt.

Da Koll. Nibel sein Amt als Kassierer niederlegte, so wurde Senf an dessen Stelle gewählt.

Als Beisitzer wurden die Kollegen Heinrich Buchwald, Hof. Nibel, Friedrich Joppich, Emil Köllner und Dehr. Bräunler gewählt.

Als Revisoren Braundorf, Neugebauer und Traupe. Da Kollege Rentwig sich nicht mehr bereit erklärte, als Bibliothekar weiter zu fungieren, wurde Koll. Hermann Witte an dessen Stelle gewählt, als Stellvertreter fungiert Koll. Wilh. Kreiser. Die bisherigen Kartell-Delegierten wurden einstimmig wiedergewählt.

Nach einigen Bekanntmachungen und einigen unwesentlichen Bemerkungen erfolgte Schluß der recht gut verlaufenen Versammlung, und blieben die Kollegen mit ihren Angehörigen noch einige Stunden bei einem Glase Bier zusammen.

**Bremen.** Am Sonntag, den 11., und Sonntag, den 25. Januar 1903, fand im Verkehrslokale von G. Greve, Bremen, unsere letzte diesjährige Generalversammlung statt. Der Kassierer Kollege Köfchen erstattete die Abrechnung, welche folgendes ergab: Kassenbestand am 3. Quartal 137,22, Einnahme 650,05, an die Hauptkasse gesandt 337,85, sonstige Ausgaben 212,45 Mk., bleibt hiermit ein Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals von 219,17 Mk.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: als 1. Bevollmächtigte Kollege Ahlers, als 2. Bevollmächtigte und Kassierer Kollege Köfchen I., als Beisitzer die Kollegen Dreier, Kriehfeldt, Schmidt II., Mack und Schmidt I. Zu Revisoren wurden die Kollegen Sontre, Darmening und Widmann gewählt. In die Beschwerdekommision, bestehend aus einem Ausschuss von 3 Mann, die Kollegen Vogt, Kannstetter und Krümann.

In der Diskussion über Anträge zur General-Versammlung in Hamburg wurden verschiedene Anträge gestellt, von welchen einige zur Annahme gelangten.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, diesmal keine Arbeiterkreditanstalten zu nehmen, sondern beim diesigen Kartell den Antrag zu stellen, solche dem Gewerkschaften gratis zu verabsoluten. Zum Schluß wurde noch der Antrag des Kollegen Kriehfeldt, die Anschaffung eines Fahnenzeichens, einstimmig angenommen. Hierauf erfolgte Schluß.

**Brandenburg a. S.** In der letzten Mitglieder-versammlung wurde beschlossen, unsere Versammlungen in Zukunft in der Zentralherberge bei Gorgas, Wollenweberstr. 3, abzuhalten. Die Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben folgendes Resultat: Bevollm. H. Zech, Kassierer Mettenburg, Schriftführer D. J. J. J. Revisoren Gartemann, Weikel und Gauer. Die Kollegen wurden aufgefordert, für den Verband rechtzeitig zu agitieren und die Versammlungen besser als bisher zu besuchen.

**Essen.** Am Sonntag, den 23. Januar, referierte hier in einer öffentlichen Versammlung der Kollege N. d. e. K. Magdeburg. Redner erortete für seine vortrefflichen Darlegungen großen Beifall. Sechs Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. In seinem Schlussworte kritisierte die öffentliche Meinung gegenüber dem Kollegen Sch. in d. e. n. g., seiner Ansicht Ausdruck gebend, daß man von den Leuten, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, wohl etwas Anderes erwarten dürfe.

**Eberfeld.** Ueber 200 Kollegen hatten sich am Sonntag, den 18. Januar, zusammengefunden, um über die Frage zu beraten: „Kann in unserem Verufe eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Lohnverbesserung erfolgreich durchgeführt werden?“ Kollege Dettmeyer schloß in seinem Referate eingehend die Verhältnisse im Verufe. Verkürzung der Arbeitszeit sei in erster Linie die Forderung. Kürzere Arbeitszeit läßt uns Zeit zur Bildung und Aufklärung, der wir so notwendig bedürfen. Wir können die Bedrängnis der Herren nur zu gut, ist einmal Aufklärung geschaffen unter den Arbeitern, dann ist es mit der langen Arbeitszeit und dem niedrigen Lohn aus, dann wird der Handels- und Transport- u. Arbeiter kraft seiner Organisation menschenwürdige Forderungen stellen können und solche auch erreichen. Die letzten Vorkommnisse in Eberfeld müßten den Kollegen schon die Augen öffnen, wo ihre wahren Freunde sind. Daß sich die Kollegen noch durch einige Markt monatlichen Mietszuschuß oder sonstige Indusastrophen von der Organisation fernhalten lassen, zeigt von einer Kurzsichtigkeit der betr. Kollegen; kommt das Alter und die bisher so trenen Schäden können nicht mehr so recht voran, dann kommt der Gleichfußtritt nach dem Motto: „Woher, halt deine Schuldbügel gelassen, kannst geben.“ Der beste Beweis ist durch die Firma Mörz für diese Behauptung erbracht; wären die Kollegen aber sammt und sonders organisiert, dann würden die Herren sich hüten, so leichtsinnig in ein Wespennest zu greifen, sie würden sich die ganzen Finger eilig verbrennen. Ueberhaupt sollten die Kollegen etwas paratamer mit ihrer Waare Arbeitskraft umgehen, ist es doch vorgekommen, daß ein Kollege in einem hiesigen Speibürogeschäft vier Nächte durch gefahren hat, nur um ein paar Groschen Trinkgeld zu ergattern.

Es sind arbeitslose Kollegen am Plage und kann eine so große Firma ganz gut Tag- und Nachtschicht einführen. Weiter bedarf die Speifenfrage einer Regelung.

Redner schloß seinen beifällig aufgenommenen Vortrag mit den Worten: Wollen die Kollegen für sich und ihre Familien bessere Verhältnisse herbeiführen, so muß die Mitgliederzahl des Verbandes sich verdreifachen, um

den Unternehmern zu imponieren. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute im Lokale des Herrn H. Wilhelm, Breitestraße 65, tagende öffentliche gut besuchte Versammlung der Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß auch im Handels- und Transportgewerbe eine kürzere Arbeitszeit und bessere Bezahlung durchgeführt wird; um dieses zu erreichen, machen es sich alle Kollegen zur Pflicht, ungeschämt dem Verbands beizutreten.“

35 Kollegen ließen sich sofort aufnehmen; bis heute ist die Zahl wohl auf 50 gestiegen. Bravo!

In die Lohnkommission wurden die Kollegen Dettmeyer, Grabbe, Kloefel gewählt, welche unter Einziehung der Vertrauensleute der einzelnen Betriebe den Tarif ausarbeiten und dem Haupt-Vorstand zur Begutachtung einschicken und einer demnächst einzuberufenden öffentlichen Versammlung zur Genehmigung unterbreiten soll.

**Essen.** General-Versammlung am 17. Januar. Der Quartalsbericht ergab, daß die Einnahmen 226,29 Mk., die Ausgaben 123,70 Mk. betragen, somit ein Kassenbestand von 102,59 Mk. verbleibt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Martini als 1. Bevollmächtigte, Götting als 2. Bevollmächtigte, Obfelder als Kassierer und Waik als Schriftführer. Als Revisoren fungierten die Kollegen Höploh, Hoff und Donat, als Deletrier zum Gewerkschaftsrat Waik und Götting, als Grasmann Donat. Kollege Martini hielt hierauf noch einen längeren Vortrag über die Art der Agitation, wie sie für Eberfeld dringender notwendig ist und forderte die Kollegen zu regerer Tätigkeit für den Verband auf.

**Hatzenbach.** Generalversammlung am 10. Januar. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Das Andenken des Kollegen Bahnsch wurde in üblicher Weise geehrt. Die Wahl zur Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Bevollmächtigte Meins, Kassierer Kühn, Schriftführer Schulze, Beisitzer Klaus, Brauner, Haas und Wastrowiat, Revisoren Franzewitz und Albrmann. Delegierte zum Kartell: Meins und Klaus, Stellvertreter Schulze. Nachdem noch aufgeführt war, die Beiträge pünktlicher zu bezahlen und recht rge für den Verband zu agitieren, trat Schluß der Versammlung ein.

**Hamburg.** Die Sektion der Reitergerüstbauer hielt am Sonntag, den 11. Januar, ihre Mitglieder-versammlung ab. Zum Kongreß nach Berlin wurde Kollege Liebenow als Delegierter gewählt. Hierauf wurde die Frage der Arbeitsordnung in der Genossenschaft verhandelt. Das Sommervergnügen findet im Juni statt. Die Matinee soll wie sonst arrangiert werden, dazu soll jeder Kollege 1 Mk. geben.

**Königsberg i. Pr.** Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle fand am Dienstag, den 20. Januar, in der Büdnshalle statt. Der Bevollmächtigte gab einen kurzen Geschäfts- und Tätigkeitsbericht. Der Kassierer, Kollege Reiber, gab darauf den Jahres-Kassenbericht, sowie den 4. Quartals-Kassenbericht für 1902. Ersterer erobte eine Einnahme (inkl. des Ortsfonds des früheren Kalatverbandes) von 7905,11 Mk., eine Ausgabe von 7085,12 Mk., mithin einen Kassenbestand am 1. Januar 1903 von 819,99 Mk. Die Einnahme im 4. Quartal betrug (inkl. des Ortsfonds) 2362 Mk., die Ausgabe 1742 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 388. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Angaben. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Aus der Wahl für die Ortsverwaltung gingen folgende Kollegen hervor: Erdmann, 1. Bevollmächtigte; Köhbe, Stellvertreter; Reiber, 1. Kassierer; Schlicht, Stellvertreter; Fischer, 1. Schriftführer; Strunge, Stellvertreter; Jacobeit, Krause, Hauptmann, Weißiger, Katries, Wald, Kähler, Revisoren.

**Leipzig.** Außerordentliche Mitglieder-versammlung am 23. Januar 1903. Zum 1. Punkt erstweilt der Vorstehende in kurzen Ausführungen auf die in nächster Zeit stattfindenden Gewerbegerichtsbesprechungen für Leipzig-Stadt. Da die sehtigen Vertreter von einer Wiederwahl Abstand nehmen, werden die Kollegen Wiebmann, Stange und Hartmann als Beisitzer und Rech, Heinrich und Werkel als Ersatzmänner gewählt.

Des Weiteren beschäftigt sich die Versammlung mit der zu Diten in Hamburg stattfindenden Generalversammlung. Die Leipziger Kollegenschaft stellt dazu folgende Anträge:

1. Die Verbands-Generalversammlung zu Hamburg wolle beschließen, die Reifemittlerstellung ist unseren Klassenverhältnissen entsprechend obligatorisch einzuführen.
2. Zu den Verbandstagen der Konsumvereine Delegierte zu entsenden.
3. a) Den Kopf unseres Fachblattes wie folgt zu ändern: "Courier", Zentral-Verband (?) der im Handel, Transport und Verkehre beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. b) Die Preise nach Möglichkeit zu erweitern.
4. Im Fachblatt eine Rubrik einzurichten, welche sich bezieht mit der Lage der weiltlichen Mitglieber beschäftigt.
5. Den Zentralvorstand zu beauftragen, in nächster Zeit ein Flugblatt auszuarbeiten, welches über ganz Deutschland zu verbreiten ist und sich mit seinem Inhalt hauptsächlich an die Frauen unserer Kollegen wendet.
6. Die Redaktion unseres Fachblattes nach Mitteldeutschland zu verlegen.
7. Die Hauptvertretung des Kreises Sachsen ist zu annullieren. Das Besinden über den Ausbau der Agitation ist der Ortsverwaltung Leipzig zu überweisen, welche nach Notwendigkeit mit den Verwaltungen der übrigen sächsischen Ortsverwaltungen erforderliche Maßnahmen zu treffen hat.
8. Bei der Reichsregierung ist zu beantragen, daß für die im Handel, Transport und Verkehre beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Inspektoren zur Überwachung der für unseren Beruf bestehenden Schutzgesetze angestellt werden.



